

Berichte



2013

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

3

Deutsches Institut für Urbanistik

	Interview		Neue Projekte
2	Stadtforschung hilft bei der Lösung unserer Zukunftsaufgaben	18	Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld
	Difu-Jubiläum	18	Wasserinfrastruktur: intelligent und multifunktionell in die Zukunft
5	40 Jahre im Dienste der Städte: Stimmen über das Difu	19	Konzepte für Regenwasserbewirtschaftung und Abwassersysteme
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen		Veranstaltungen und Fortbildung
7	Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur	20	Difu-Fortbildungsprogramm 2014
8	Städtebauliche Verträge: neues Handbuch erschienen	21	Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
10	Satzungen nach dem BauGB: Neuauflage der Difu-Arbeitshilfe	22	Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
12	Moderne Stadtgeschichte: Westeuropäische Großsiedlungen	23	Schulversäumnisse: Jugendhilfe und Schule in einem Boot?
13	Räumliche Auswirkungen der Energiewende	24	Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung
14	Wirtschaftsflächen der Zukunft		Weitere Rubriken
15	Auf dem Weg zur Flächenkreislaufwirtschaft	25	Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet
16	Qualifizierte Beratung für den Klimaschutz in Kommunen	26	Herzlich willkommen: Reutlingen neu im Kreis der Difu-Zuwenderstädte
17	Viel Klimaschutz – viel Preisgeld	27	Difu aktiv-Ticker – Auswahl
		28	Abschied und Neubeginn im Difu
		29	Mediennachlese – Auswahl
		30	Impressum
		31	Bestellschein

Stadtforschung hilft bei der Lösung unserer Zukunftsaufgaben

Interview mit dem Präsidenten des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg



Dr. Ulrich Maly
Foto: Stadt Nürnberg

Welches sind aus Ihrer Sicht die zentralen Herausforderungen für die Städte bis 2030?

Hier ist zwischen der Zielebene und der praktischen Ebene zu unterscheiden: Auf der Zielebene würde ich sehr schlicht antworten. Die zentrale Herausforderung ist, als Akteur ein Bild von der Entwicklung der eigenen Stadt zu haben. Wenn ich Zukunftsvisionen und Szenarien nicht beschreiben und Menschen nahebringen kann, kann ich niemanden dafür gewinnen, den Weg mitzugehen. Politik besteht stets aus Zumutungen und Verheißungen – und meist ist die Zahl der Zumutungen in den dicht bebauten Großstädten größer als die der Verheißungen. Die Menschen sind jedoch bereit, Zumutungen hinzunehmen, wenn sie wissen, wofür bzw. welchem großen Ganzen das folgt. Es geht also darum, eine Gemeinwohldefinition für die jeweilige Stadt vorzunehmen. Dies sind durchaus unterschiedliche Definitionen, in Hamburg anders als in Berchtesgaden –, jede Stadt muss Ziele für sich selbst definieren.

Auf der praktischen Ebene bestehen Herausforderungen in mehreren Bereichen: bei sozialen und Integrationsfragen, der Bildungsgerechtigkeit, aber auch bei Fragen der Altersinfrastruktur und Stadtentwicklung im physischen Sinn. Wir werden in den nächsten zwei Jahrzehnten fast jeden Stein anfasen müssen, der nach dem Krieg aufgebaut wurde. Vor uns steht also der zweite Umbau Deutschlands. Der Wiederaufbau der 50er-Jahre ist in die Jahre gekommen. Obwohl sehr schöne architektonische Objekte dabei sind, bedarf Vieles unserer Zuwendung.

Die Organisation des Verkehrs und der Mobilität sind weitere Herausforderungen ebenso wie die ökonomische, kulturelle und soziale Einbindung der städtischen Aktivitäten in größere regionale Zusammenhänge. Wer es verschläft, sich in strategische Allianzen zu begeben, der wird allein im weltweiten Wettbewerb der Städte nicht bestehen können. Hier sind wir gut beraten, uns in – je nach Aufgabenstellung auch unterschiedliche – strategische Allianzen zu begeben. Zudem müssen wir das Geld zusammenhalten und darauf achten, dass die dauerhafte Finanzierung der Städte stimmt,

sonst sind alle Gestaltungspotenziale müßig. Last, but not least nenne ich das Sonderthema „Kultur“. Kultur, Politik wie auch Freizeitkultur liefern Identifikation und Heimatgefühl. Das ist vielleicht das, was uns von den ganz großen Weltmetropolen unterscheidet, dass wir uns als Städte nicht als Bedürfnisbefriedigungsmaschinen sehen, sondern, fast schon philosophisch gesprochen, einen Anspruch haben, Heimat bereitzustellen.

Sie haben Demografie angesprochen, nicht aber Energiewende, Klimaschutz, Klimaanpassung. Sind diese Themenfelder unabdingbar zu berücksichtigen und nicht mehr zu diskutieren?

Genau! Wir haben, ohne es Energiewende zu nennen, den Kohlestaub, der z.B. in Nürnberg den Sandstein weggefressen hat, aus den Städten verbannt. Wir haben, ohne es Verkehrswende zu nennen, mit Katalysatoren in Autos die Schwefelsäurebelastung vermeiden können. Wir werden auch die Kernenergie und den Rest des CO₂ weg bekommen. Dies wird aber die innere Aufstellung einer Stadt nur bedingt verändern. Strom kommt weiter aus der Steckdose, die Hausmauer ist weiter die Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre, diese Themen sind daher für mich tatsächlich business as usual und weniger große Megatrends.

Sie haben erwähnt, dass es auch um Geld geht. Wie sehen Sie darüber hinaus die Aufstellung der Städte?

Bei der Frage, ob wir gut aufgestellt sind, würde ich in der Tat nicht mit dem Geld beginnen. Man braucht zunächst die Idee, die Utopie, ein Bild. Der Rest wird dann daran entlang entwickelt. Gerade in der Stadtentwicklung braucht man die Fähigkeit, Ressortgrenzen und städtische Grenzen zu überwinden. Ressortgrenzen zu überwinden, heißt integrierte Stadtentwicklung. Stadtverwaltungsgrenzen überwinden heißt, intensive Kooperationen mit privaten Akteuren, Bürgerschaft, NGOs, aber auch mit privaten Akteuren. Erst danach käme für mich das Geld. Das sind die drei Voraussetzungen, wenn sie nicht stimmen, werden wir wenig voranbringen.

Wie steht es um die Arbeitskultur in den Städten, also auch die Zusammenarbeitskultur zwischen verschiedenen Akteuren in Politik und Verwaltung?

Ressortübergreifende Organisation heißt, dass nicht die Sozial-, Wirtschafts- und Umweltleute vor sich hin planen, sondern dass man integrierte Stadtentwicklung als das nimmt, was sie ist – das Zusammenwirken aller. Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg erfordert auch eine gute Kommunikationsfähigkeit und Vermittlung nach außen zur Erreichung der gewünschten Ziele.

Mit Blick auf diese anspruchsvollen Aufgaben – gerade wenn man bei Utopien ansetzt und das bis ins operative Alltagsgeschäft betreibt – sehen Sie sich durch die Stadtforschung ausreichend unterstützt?

Ja, eigentlich schon! Wieder am Beispiel meiner Stadt: Wir sind als Nürnberger einerseits Objekt von Forschung gewesen, was die integrierte Stadtentwicklungspolitik angeht, andererseits aber auch immer Ausbeuter von Forschungserkenntnissen. Wir schauen, dass wir das Rad nicht selbst neu erfinden müssen, sondern, wo andere schon ein schönes rundes erfunden haben, dies möglichst auch transferieren. Ich glaube, dass die Entwicklung von Utopien, das Beschreiben des Bildes der Stadt nur dann funktioniert, wenn ich mich zwischendurch wie München am eigenen Schopf aus der Alltagsarbeit herausziehe und in der Lage bin, über den einen oder anderen klugen wissenschaftlichen Aufsatz den eigenen Ideengenerator wieder aufzuladen. Das ist für mich ganz persönlich der Reiz von Stadtforschung des Difu wie auch anderer, so dass ich mich manchmal richtig daran freuen kann, solche Aufsätze zu lesen, auch wenn sie gar keinen unmittelbaren Nutzwert für das Tagesgeschäft haben. Sie laden trotzdem den Akku des eigenen Ideengenerators. Hierbei ist die Stadtforschung unerlässlich und unersetzlich für uns.

Ist für Sie der durch Forschung unterstützte Erfahrungsaustausch ein wichtiger Aspekt?

Natürlich, wenn man beispielsweise das Modellprojekt KoopStadt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nimmt, das Bremen, Leipzig und Nürnberg gemeinsam entwickelt haben, dann sagen mir meine Verwaltungsakteure – und was fast noch wichtiger ist, auch meine Stadträte, dass sie selten so viel gelernt haben wie in diesem Modellprojekt: Mit dem Blick über den eigenen Tellerrand, über den eigenen Gartenzaun, im Austausch mit anderen Praktikern, aber vor allem auch mit Wissenschaft. Ich glaube, das ist unerlässlich.

Das stellt neue Anforderungen an alle Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft. Müssen nicht alle über ihr Rollenverständnis sehr offen reflektieren?

Ja, das tun die meisten. Ich glaube aber, dass über die Reflektion des Rollenverständnisses weniger Veränderung erreicht wird als über die gute alte Erkenntnis, dass das Sein das Bewusstsein verändert. Ich plane als Stadtverwaltung nicht am grünen Tisch, wenn ich für die Wirklichkeit plane. Ich bin zur Interaktion verdammt und damit werden sich Rollenverständnisse der Vergangenheit ändern. Durch die Interdisziplinarität sowie Diversity zwischen Sozialwissenschaftlern, Stadtplanern, Ökologen und Ökonomen entwickeln sich auch andere Diskurskulturen in diesen Prozessen. Mit der klassischen Eingriffsverwaltung gewinnt man heute keinen Blumentopf mehr.

Führen wir auf allen Ebenen ausreichend gesamtgesellschaftlich und -politisch fundierte Diskussionen über die Rolle der Städte?

Es wird intensiv diskutiert, aber oft zu sektoral. Wie intensiv eine stadtpolitische Gesamtdiskussion, wie sie in den 70ern geführt wurde, in den letzten Jahren stattfand, kann ich nicht ausreichend beurteilen. Ich könnte mir den Diskurs aber durchaus intensiver vorstellen. Die soziokulturelle Dimension der Stadt in ihrer Gesamtheit muss stärker im Fokus stehen – ebenso ihr Wirken: Ich bleibe beim „verstaubten“ Heimatgefühl der Menschen und der Frage, ob eine Stadt nicht infrastrukturell ausgestattet, sondern auch sozial strukturiert sein muss, damit sie integrativ und nicht segregativ ist. Das sind die Dinge zwischen gebauter und sozialer Umwelt, die man Disziplinen übergreifender diskutieren muss.

Wobei Sie mit dem Bezug auf die 70er-Jahre das Prozesshafte, was dahintersteckt, und das Integrierte meinen, was ja damals durchaus intensiv praktiziert wurde?

Ja, im Kern vielleicht auch ein Stück unverbrauchtes Selbstbewusstsein nach dem Motto: Gesellschaftliche Entwicklungen, die wir kennen, die guten wie die schlechten, sind letztlich Produkte der Städte. Das Bewusstsein, dass diese Republik durch ihre Urbanität lebt, das ist ein bisschen verlorengegangen.

Wenn Sie als Nürnberger Oberbürgermeister von Visionen, Ideen und dem Bild der Zukunft der Stadt sprechen, kann man das gemeinsam mit den Medien vor Ort tun, ohne die Kritikrolle der Medien zu begrenzen?

Man kann es sicherlich bis zu einem gewissen Punkt. Dabei gehört es meines Erachtens mit zum Führungsanspruch der Politik, Vorschläge zu formulieren. Ich würde nicht fragen, wo es langgehen soll, sondern formulieren, wo es aus meiner Sicht langgehen soll – durchaus auch abstrakt –, und dies dann zur Diskussion stellen. Man hält Grundsatzreden, in denen Begriffe auftauchen, die sich penetrieren und perpetuieren – darüber wird diskutiert in der Stadtgesellschaft. Der Führungsanspruch, im positiven Sinne formuliert, der Kommunalpolitik gilt auch hier.

Eine wichtige Aufgabe für die Kommunen ist auch die eigene Fortbildung. Welche Erfordernisse sehen Sie da?

Ich glaube, was den interkommunalen Austausch angeht, hat es sich deutlich intensiviert. Das ist immer noch die beste Art, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Ich verlasse meinen Arbeitszusammenhang, besuche ein Seminar und komme zurück. Dort gibt es intensive Diskussionen. Darüber hinaus praktizieren wir in Nürnberg auch Inhouse-Schulungen, weil ganze Abteilungen betroffen sind und es nicht um die Wissbegierde Einzelner geht. Bei der Fortbildung ist immer Luft nach oben, da wir sie weder von den Ressourcen noch von der Aufmerksamkeit her ständig mit dem notwendigen Druck betreiben können. Dies gilt aber wahrscheinlich pauschal für nahezu alle Städte in Deutschland.

In vielen Diskussionen über Stadtentwicklung, zum Beispiel beim Thema Smartcitys, werden deutsche Erfahrungen als potenzielles Exportgut genannt, für Europa bis hin zu den Megapolen. Wie sehen Sie das?

Da wäre ich sehr vorsichtig. Von Erfahrungen aus einem Land, wo die größte Stadt dreieinhalb Millionen Einwohner hat, würde ich nicht den Anspruch ableiten, Istanbul oder Mumbai regieren zu können. Natürlich haben wir mit unserer kommunalen Selbstverwaltung eine große Freiheit, die in Europa ihresgleichen sucht. Das gibt es in vielen Ländern nicht und es ist ein Modell, um das uns viele beneiden. Aber die Tatsache, dass ich eine Halbmillionenstadt regieren kann, führt nicht dazu, dass ich behaupten würde, São Paulo, Mexiko City oder Istanbul regieren zu können. Da stehen elementare Bedürfnisbefriedigung und das Aufrechterhalten von Infrastruktur (leider oft) deutlich vor sozialen Aspekten. Aber ich denke, wir können selbstbewusst sein aufgrund der Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Es ist eine Selbstständigkeit, die die Tradition der europäischen Stadt am allermeisten widerspiegelt. In

anderen Ländern Europas ist hier wesentlich weniger an Kompetenz vorhanden. Dass aber am deutschen Wesen die Welt genesen soll, würde ich daraus natürlich keinesfalls ableiten wollen.

Denken wir bei der Diskussion über die Rolle der Städte in Deutschland zu oft an Großstädte und vernachlässigen die Potenziale und Belange der Mittel- und Kleinstädte?

Ich glaube nicht. Mein Anspruch als Präsident des Deutschen Städtetages ist es, nicht nur für die zehn größten Städte da zu sein, sondern für die 300 bis 400 großen Städte in Deutschland. Das, was sich an stadtentwicklungspolitischen Fragen heute in einer durchschnittlichen Großstadt wie Nürnberg mit 500.000 Einwohnern stellt, stellt sich auch in einer Stadt mit 50.000 Einwohnern. Da sind die Probleme sehr ähnlich und der Anspruch des Deutschen Städtetages ist auch meiner, dass wir natürlich auch kleinere Städte vertreten, deren Problemlagen ja vergleichbar sind.

Wann sind Sie persönlich und erstmalig mit dem Difu in Kontakt gekommen?

Als Fraktionsgeschäftsführer der SPD, ich habe damals die Difu-Berichte abonniert. Das war 1996. Ich habe selbst über Wirtschaft und Umwelt in der Stadtentwicklungspolitik promoviert, ein eher kommunales Thema. Die Investitionsbedarfshochrechnungen habe ich immer gründlich studiert und dann sehr gezielt aus den wissenschaftlichen Arbeiten des Difu auch Publikationen bestellt. Ich habe das stets intensiv genutzt.

Gibt es Themen, von denen Sie sagen würden, hier möchte ich gern in der Rolle des Nürnberger Oberbürgermeisters, aber auch des Städtetagspräsidenten in der nächsten Zeit mehr wissen oder Gespräche mit den Kollegen des Difu führen?

Das Difu hat ja sein Ohr am Puls der Zeit, an Themen wie Laboratorien zur Weiterentwicklung der Demokratie und der kommunalen Selbstverwaltung, die jetzt ganz aktuell sind und überall diskutiert werden. Sicherlich sind auch die möglicherweise gravierenden Veränderungen durch die Energiewende sozial differenziert zu betrachten – auch mit Blick auf die Gerechtigkeitsfrage. Dies sind jedoch Fragestellungen, die in der Gedankenwelt des Difu sowieso behandelt werden. Ich sehe da keine Defizite.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für das Gespräch!

Im Gespräch: Dr. Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Institutsdirektor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik

40 Jahre im Dienste der Städte: Stimmen über das Difu

40 Jahre Difu



Vor nunmehr 40 Jahren ist das Deutsche Institut für Urbanistik angetreten mit dem Ziel, die Kommunen bei ihren vielfältigen Aufgaben zu unterstützen. Dazu gehören auch Fragen der Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik. Die Nähe zur kommunalen Ebene sowie seine ausgesprochene Erfahrung und Kompetenz ermöglichen es dem Difu, für diese Aufgaben tragfähige Lösungen zu entwickeln. Davon profitieren Kommunalpolitik, Verwaltung und vor allem die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Aus gutem Grund zählt auch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu den wichtigsten Förderern des Instituts. Ich gratuliere dem Difu zu 40 Jahren engagierter und er-



folgreicher Arbeit und wünsche seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das künftige Wirken viel Erfolg!
*Dr. Peter Ramsauer, MdB,
Bundesminister für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung*

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist für das Bundesumweltministerium ein starker Partner, wenn wir Städte, Gemeinden und Landkreise als Zielgruppen ansprechen wollen. Diese erfolgreiche Kooperation spiegelt sich in zahlreichen Umweltschutz-Projekten wider, die das Difu für uns bereits übernommen hat. Herzlichen Glückwunsch zum 40-jährigen Jubiläum und auf eine weitere gute Zusammenarbeit.



*Peter Altmaier,
Bundesumweltminister*

Herzlichen Glückwunsch an alle, die dazu beigetragen haben, dass sich das Difu als bedeutender Think Tank auf dem Gebiet der Stadtforschung und als kompetenter Fürsprecher und Ratgeber der Städte und Gemeinden etablieren konnte! Das Difu zeichnet sich seit seiner Gründung durch seine besondere Praxisorientierung aus und ist traditionell eng mit Berlin verbunden. Berlin verdankt dem Difu vielfältige Expertise und Beratung. Dem Difu wünsche ich, dass es auch künftig Stadt-



forschung auf der Höhe der Zeit betreibt und für Berlin bei der Gestaltung der Stadt ein wichtiger Impulsgeber bleibt.
*Klaus Wowereit,
Regierender Bürgermeister
von Berlin*

Praxisnähe statt Elfenbeinturm – seit Gründung des Deutschen Instituts für Urbanistik auf Initiative des Deutschen Städtetages kam es den Zuwanderstädten darauf an, wissenschaftlich fundierte Hilfe für aktuelle politische Entscheidungen sowie für strategische Planungen zu erhalten. Dabei hat sich das Difu als Denkfabrik für Stadtentwicklung in all ihren Facetten etabliert und bewährt. Kompetenz und Erfahrungen des Difu sind in den 40 Jahren für die Städte unentbehrlich geworden. Die parteipolitische Unabhängigkeit ist dabei von unschätzbarem Wert, geht



es doch immer auch um politische Themen in aktuellen Debatten. Sachlichkeit und Kompetenz sind Markenzeichen des Difu.
*Dr. Stephan Articus,
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages*

*Gäbe es das Difu nicht, müsste man es erfinden * Schön, dass es Sie gibt! * Das Heft ist voller aktueller Themen, die Ihrerseits gerade bearbeitet, abgeschlossen oder angepackt werden! Das ist auch gut so! * Gut recherchiert; unterstützt mich bei meiner Arbeit (sehr gut). Für mich persönlich sind die difu-Berichte eine wichtige Arbeitsunterlage, für deren Zusendung ich mich an dieser Stelle einmal ganz herzlich bedanken möchte * Ich lese Ihre Berichte immer mit Gewinn! * Das Difu ist gut! * Das Difu leistet eine sehr gute, informative und praxisbezogene Arbeit. Dies gilt auch für die mediale Verbreitung. * Machen Sie so weiter, denn diesen guten Stand zu halten, kostet große Anstrengung und letztendlich auch Geld. * Straffe, kurze Berichte, die angesichts der allgemeinen Informationsflut angenehm sind. * Macht weiter so wie bisher! Gutes muss nicht geändert werden.*

Stimmen von Difu-Berichte-Leserinnen und -Lesern



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Die Urbanisierung der Menschheit schreitet so rasch wie nie voran. Dank tiefer Verwurzelung in den Kommunen ist das Difu ein einzigartiger Begleiter dieses Prozesses mit internationaler Ausstrahlung.



*Prof. Dr. Dr. Ulrich Battis,
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Difu*

Zukunftsfähige Städte sind die wesentliche Grundlage zur Lösung der globalen Herausforderungen. Städte brauchen wegen ihrer hochkomplexen Strukturen zur Erarbeitung und Realisierung zukunftsweisender Entwicklungen passgenaue wissenschaftliche Beratung und Unterstützung. Diese muss gemeinwohlorientiert, kontinuierlich, in guter Vernetzung zu anderen einschlägigen nationalen und internationalen Institutionen auf hohem Niveau erfolgen. Das Difu erbringt seit 40 Jahren diese Aufgabe mit großem Engagement. Hervorzuheben sind Kompetenz



und kollegiale Kommunikation auf Augenhöhe. Dank und beste Wünsche für weitere erfolgreiche Arbeit!
*Sigurd Trommer,
Präsident der Bundesarchitektenkammer*

Das Difu ist ein unverzichtbarer Partner der „kommunalen Familie“ bei der Bewältigung der komplexen Herausforderungen, die sich der „Europäischen Stadt“ laufend stellen. Durch seine wissenschaftliche Arbeit, die Fortbildungsangebote auch über den kommunalen Bereich hinaus, und z.B. als Diskussionsforum erfüllt es wichtige Aufgaben. Der Funktion des Mittlers zwischen Forschung und Praxis kommt eine besondere Bedeutung zu. Thematischer Umfang der Tätigkeit, interdisziplinäres, innovatives Denken und Handeln einer engagierten

Mitarbeiterschaft, Qualität und Objektivität der Ergebnisse sind weitere Aspekte, die zu der berechtigten hohen Akzeptanz des Difu führen.



*Martin zur Nedden
Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung*

Die hohe Komplexität stadtplanerischer Entwicklungen legt es nahe, Tests, experimentelle Verfahren, Labore zu nutzen, um die Entscheidungskompetenz zu erhöhen und das Risiko von Fehlentscheidungen und nicht beabsichtigten Nebenwirkungen zu mindern. Das Difu hat das Planspiel nicht erfunden, aber als Methode, um gute Ideen vom Papier in die Wirklichkeit der Stadt zu bringen, immer weiterentwickelt. Was wäre die heutige Planungspraxis ohne Planspiel, also was wäre sie ohne Difu? An der TU Berlin bauen wir in unserer „Smart City Plattform“ ein Urban



Lab auf und freuen uns, das Difu als Diskussionspartner zu haben!
*Prof. Dipl.-Ing.
Elke Pahl-Weber,
Institut für Stadt- und Regionalplanung,
TU Berlin*

Erfolgreicher Klimaschutz kann nur funktionieren, wenn alle mitmachen. Ich habe beim Difu eine spannende Konferenz zum Klimaschutz miterlebt, die für praxisorientierten Wissenszuwachs sorgte und gleichzeitig Raum für Erfahrungsaustausch bot. Faszinierend, wie viele Kommunen tolle Klimaschutzprojekte planen und umsetzen. Weiter so Difu! Denn



beim wichtigen Thema Klimaschutz brauchen die Kommunen kontinuierlich einen kompetenten Unterstützer und Partner.
*Sven Plöger,
Diplom-Meteorologe und
Klimaexperte*

*Vielen Dank, das Seminar war sehr anregend und ausgezeichnet vorbereitet * Insgesamt eine sehr gelungene Veranstaltung: gut organisiert, gute Referenten, hilfreicher Austausch mit Kollegen * Gute Idee, auf Bedürfnisse aus Plenum zu reagieren und eine ad-hoc AG zu gründen * Mir brummt der Schädel vor lauter Anregungen: sortieren und weiter kommunizieren steht an * Sehr gute und vorbildliche Moderation, Verpflegung und Informationsgehalt; Seminarunterlagen sehr erkenntnisreich * Inhaltlich wertvolle, komprimierte, sehr gute Veranstaltung * Hervorragende Veranstaltungen, nicht nur Theorie aus dem Elfenbeinturm, sondern Hinweise, Infos, Empfehlungen aus der Praxis und für die Praxis der Kommunen * Gute und pointierte Grundinformationen, fruchtbarer Austausch unter den Teilnehmern * Ich kenne keine besseren Veranstaltungen!*

Stimmen von Difu-Seminar-Teilnehmerinnen und -teilnehmern



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur

Anregungen für Kommunalverwaltungen und Kommunalpolitik

Eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Stadtentwicklung ist kein Zufall, sondern Ergebnis eines transparenten und wohldurchdachten Arbeits-, Organisations- und Entscheidungsprozesses. Dabei kommt einer umfassenden, ernst genommenen und intensiven (Bürger-)Beteiligung eine immer größere Bedeutung zu. Gleichzeitig verweisen die aktuellen Debatten – nicht erst ausgelöst durch „Stuttgart 21“ – auf Defizite der bisherigen Beteiligungspraxis hin. Forderungen nach neuen Formen der Beteiligung der Stadtgesellschaft an der Stadtentwicklung werden immer lauter. Dabei ist eine Veränderung zu beobachten: Die Unzufriedenheit der Bürgerschaft wächst, ihre Bereitschaft und Entschlossenheit zur Positionierung und Durchsetzung der eigenen Positionen hat sich verstärkt und ihr Interesse an der Mitgestaltung der Zukunft der jeweiligen Stadt ist gleichfalls gewachsen. Von einer Politikverdrossenheit kann demnach zumindest auf der kommunalen Ebene nicht die Rede sein. Zivilgesellschaftliche Akteure suchen für ihr Engagement vielmehr verstärkt neue Wege jenseits von Parteien und organisierter Kommunalpolitik sowie festgefügten Interessengruppen. Von der Bürgerschaft diskutiert, formuliert und eingefordert werden veränderte Formen und neue Qualitäten der Beteiligung und Planung sowie eine Verknüpfung der Bürgerbeteiligung mit Modellen direkter Demokratie.

Diese neue Dynamik der Bürgerbeteiligung hat – sofern sie ernst genommen wird – erhebliche Konsequenzen für und in den Kommunen, und zwar nicht allein mit Blick auf die Konzeption und Organisation von Beteiligungsprozessen und den verwaltungsinternen Umgang mit Beteiligung. Notwendig wird vielmehr eine umfassendere Änderung der Haltung, Konzeption und Umsetzung von Beteiligung: eine kommunale Beteiligungskultur. Diese kommunale Beteiligungskultur fordert Verwaltung, Politik, Bürgerschaft und Medien gleichermaßen zur Reflexion der eigenen Rollen heraus und enthält neue Spielregeln für das Miteinander der verschiedenen Gruppen. Beteiligungskultur bedeutet somit auch die Organisation der „Beteiligung zur Beteiligung“: Vor dem ersten konkreten Beteiligungsprojekt sollte ein gemeinsamer Diskussionsprozess verschie-

dener Gruppen, zunächst Kommunalverwaltung und -politik, dann sukzessive aller Akteure – Verwaltung, Politik, Bürgerschaft, Vorhabenträger, Wirtschaft und Medien – über die als wichtig und notwendig erachteten Bausteine einer Neuausrichtung der Beteiligung geführt werden. Für den erforderlichen Ausbau der Professionalisierung und die Bereitstellung der Ressourcen sind Überlegungen zur Änderung von Verwaltungsstrukturen und Abläufen anzustellen. Da es für die Umsetzung dieser Aufgaben und Herausforderungen kein fertiges Konzept gibt, ist kommunale Beteiligungskultur für alle Beteiligten ein Lernprozess. Hierbei wird Kommunikation zu einem Schlüsselbegriff für eine erfolgreiche Gestaltung und Umsetzung von Beteiligung.

Die vorliegende Veröffentlichung basiert auf Ergebnissen eines 2012 vom Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführten Forschungsprojekts. Neben der repräsentativen Erfassung der (aktuell) in den Städten und Gemeinden praktizierten formellen und informellen Beteiligungsverfahren sowie der unterschiedlichen Beteiligungsformen in einer schriftlichen Kommunalbefragung wurden in dem Forschungsvorhaben die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung von Bürgerbeteiligung sowie unterschiedliche Beteiligungskonstellationen am Beispiel und unter Bezugnahme auf qualitative Fallstudien in Köln, Leipzig, Mannheim, Saarbrücken und Stuttgart untersucht.

Die Veröffentlichung soll Städte und Gemeinden auf dem Weg zu einer eigenen Beteiligungskultur unterstützen. Die Ausführungen sind als Anregungen und Hilfestellungen zu verstehen, indem sie für den Aufbau und die Weiterentwicklung einer kommunalen Beteiligungskultur

- wichtige Bausteine aufzeigen,
- verschiedene Gruppen berücksichtigen,
- ein schrittweises Vorgehen vorschlagen und
- Fragen aufwerfen, die in jeder Kommune zwar anders beantwortet werden können, jedoch beantwortet werden müssen.

Grafik: Elke Postler/Foto: Wolf-Christian Strauss



Weitere Informationen:
Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: beckmann@difu.de

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Städtebauliche Verträge

Neues Handbuch berücksichtigt auch Änderungen durch die BauGB-Novelle 2013



Städtebauliche Verträge zählen neben Bebauungsplänen heute zum unverzichtbaren Kernbestand städtebaulicher Instrumente der Kommunen. Ob es um die Neuerschließung auf der grünen Wiese oder die Neuordnung vorge nutzter Areale geht, ob ein Einzelhandelsprojekt, ein Büro- und Gewerbestandort oder ein Wohngebiet entwickelt werden soll – meist werden wichtige Fragen der Umsetzung und Finanzierung städtebaulicher Ziele in städtebaulichen Verträgen geregelt. Verträge sind vor allem dann von Bedeutung, wenn die von den Vertragsparteien für notwendig erachteten Regelungen mit dem Mittel des Bebauungsplans allein nicht getroffen werden können. So können Verträge die Festsetzungen des Bebauungsplans ergänzen, um die Modalitäten der Nutzung zu konkretisieren. Der Vertragspartner kann die Baureifmachung eines Gebiets auf seine Kosten übernehmen, in Anbetracht der in vielen Kommunen geringen finanziellen Spielräume häufig eine essentielle Voraussetzung dafür, dass überhaupt eine Entwicklung stattfinden kann. Dem gleichen Ziel dient es, wenn der Vertragspartner sich verpflichtet, die der Gemeinde entstehenden Kosten und Aufwendungen zu ersetzen, soweit diese Folge oder Voraussetzung des geplanten Vorhabens sind.

Pünktlich zum Inkrafttreten der geänderten Rechtsgrundlagen für Erschließungsverträge und andere städtebauliche Verträge im Baugesetzbuch erscheint in der Edition Difu die vierte Auflage des Difu-Handbuchs „Städtebauliche Verträge“. Diese Änderungen sowie Veränderungen in anderen damit verknüpften Rechtsgebieten und die durch die Obergerichte in zahlreichen Entscheidungen vorgenommene Weiterentwicklung der Rechtsprechung machten eine grundlegende Überarbeitung des Handbuchs notwendig, zumal die auf große Resonanz gestoßene Voraufgabe bereits vergriffen war.

Während der klarstellenden Hervorhebung einiger städtebaulicher Zielsetzungen (Baukultur, Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeinsparmaßnahmen) als mögliche Inhalte eines städtebaulichen Vertrags lediglich Signalwirkung zukommt, hat die Änderung der Rechtsgrundlage für den Erschließungsvertrag einschneidende rechtliche Bedeutung, da diese die Rechtslage im Anschluss

an eine entgegenstehende Rechtsprechung des 9. Senats des Bundesverwaltungsgerichts im Sinne der Erfordernisse der kommunalen Praxis und im Interesse von mehr Rechts- und Investitionssicherheit wieder zurecht gerückt hat. Wichtig ist vor allem, dass Städte und Gemeinden Erschließungsverträge nun auch wieder mit Erschließungs- oder Wohnungsbaugesellschaften oder anderen juristischen Personen schließen dürfen, an denen sie beteiligt sind. Diese auch angesichts der angesprochenen Entscheidungen des BVerwG unmissverständliche Diktion der neu gefassten gesetzlichen Regelung kann aus Sicht der Kommunen nur begrüßt werden, da sie die Gemeinden in ihrem Bestreben unterstützt, gerade die kostenaufwändigen und schwierigeren Maßnahmen des Flächenrecyclings umzusetzen, anstatt neue Bauflächen in die bislang freie Landschaft zu entwickeln. Oft stellt die Einschaltung einer Eigen- oder Mehrheitsgesellschaft den finanziell einzig gangbaren Weg dar, aufgegebene Industrie- und Gewerbeflächen, Militärfelder oder nicht mehr genutzte Bahnflächen einer neuen Nutzung zuzuführen. Solche komplexen Restrukturierungsaufgaben binden regelmäßig erhebliche finanzielle Mittel und überfordern die kommunalen Haushalte. Private Bauträger oder Developer sind typischerweise nur an der Entwicklung von Teilflächen interessiert, mit der Folge, dass die mit höheren Entwicklungshemmnissen belasteten Teilflächen bei den Kommunen verbleiben.

Mit dem zweiten Innenentwicklungsgesetz (BGBl. I 2013, S. 1548) wurde die frühere Regelung zum Erschließungsvertrag in § 124 BauGB aus dem Kontext des Erschließungsbeitragsrechts endgültig herausgelöst und in § 11 BauGB integriert. Die bislang in § 124 BauGB enthaltene Regelung zum Erschließungsvertrag wurde aufgehoben. Der Erschließungsvertrag ist damit vollständig in die für städtebauliche Verträge nach § 11 BauGB geltende Regelungssystematik integriert. In § 124 BauGB verblieben ist lediglich die früher in Abs. 3 Satz 2 der Vorschrift zu findende Bestimmung, der zufolge die Gemeinde verpflichtet ist, die Erschließung selbst durchzuführen, soweit sie das zumutbare Angebot eines Dritten ablehnt, die im Bebauungsplan vorgesehene Erschließung vorzunehmen.

Zudem wurde der Regelungsgehalt des bisherigen § 124 Abs. 2 BauGB auch in Bezug auf den Verzicht auf die im Erschließungsbeitrag notwendige Kostenbeteiligung der Gemeinde in § 11 integriert. Nach § 11 Abs. 2 Satz 3 BauGB ist eine Eigenbeteiligung der Gemeinde nicht erforderlich, soweit die vereinbarten Leistungen den gesamten Umständen nach angemessen sind. Damit ist auch – ebenfalls abweichend von der vom BVerwG vertretenen Auffassung – geklärt, dass neben der Übernahme der Durchführung von beitrags- und nicht beitragspflichtigen Erschließungsmaßnahmen auch vereinbart werden kann, dass der Vertragspartner der Gemeinde sich auch zur Übernahme der Kosten verpflichten kann, die der Gemeinde für solche Maßnahmen entstanden sind.

Neue sich aus der Rechtsprechung ergebende Entwicklungen gab es unter anderem bei den „Einheimischenmodellen“ und beim Folgekostenvertrag über die Kosten sozialer Infrastruktur. Mit den Einheimischenmodellen verfolgen vor allem Kommunen im Einzugsbereich von Ballungsräumen und in touristisch attraktiven Regionen das Ziel, der ortsansässigen Bevölkerung die Chance zu geben, Bauplätze erwerben zu können, um neben der auf dem Immobilienmarkt bestehenden zahlungskräftigeren auswärtigen Konkurrenz bestehen zu können.

Diese Modelle werden von der Europäischen Kommission kritisch beobachtet. Die Kommission wird nun jedoch ein bereits vor einigen Jahren gegen Deutschland eingeleitetes Vertragsverletzungsverfahren angesichts einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in einem belgischen Fall voraussichtlich einstellen. Bei den Folgekostenverträgen hat das Bundesverwaltungsgericht in mehreren Entscheidungen den Weg aufgezeigt, wie auf der Basis einer miteinander verzahnten Infrastrukturplanung und städtebaulichen Entwicklungsplanung eine vertraglich basierte Kostenübernahme der Vorhabenträger und Grundstückseigentümer rechtssicher ausgestaltet werden kann.

Diese neue Rechtslage ist in dem neuen Handbuch genauso eingearbeitet, wie die zwischenzeitlich durch die Gerichte vorgenommene weitere Klärung von Abgrenzungs- und Auslegungsfragen. Berücksichtigt wird die gesamte Palette der möglichen Vertragsgegenstände städtebaulicher Verträge. Dabei werden steuer-, vergabe- und beihilferechtliche Implikationen genauso thematisiert, wie die sich aus dem AGB-Recht ergebenden Anforderungen.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Auch die 4. Auflage wurde inhaltlich erweitert. Neu aufgenommen wurden die bislang fehlenden Verträge aus dem Bereich des Sanierungsrechts über die Durchführung von Ordnungs- und Baumaßnahmen. Ein breiterer Raum ist auch den Verträgen im Kontext der kommunalen Bemühungen bei Klimaschutz und Energiewende eingeräumt. Insbesondere ist dabei auch der Blick auf das Energiefachrecht mit EnEV und EEWärme-Gesetz zu richten.

Selbstverständlich wird auch in dieser 4. Auflage zu den offenen Streitfragen der aktuelle Meinungsstand wiedergegeben, wobei auch hier – dem Leitgedanken eines Praxishandbuchs folgend – stets praktikable Lösungen unter Berücksichtigung der bestehenden rechtlichen Risiken aufgezeigt werden.

Wie die Voraufgabe enthält das Handbuch zahlreiche Vertragsmuster und Regelungsbeispiele, die sich im Sinne des Baukastenprinzips verwenden lassen – Muster und Beispiele können bedarfsgerecht zu einem maßgeschneiderten Vertrag zusammengestellt werden. Das Handbuch liefert den Praktikern in den Kommunalverwaltungen, aber auch Rechtsanwälten, Investoren und Developern konkrete Hinweise zur Entwicklung von vertraglichen Regelungen, die den besonderen Anforderungen des Einzelfalls genügen. Das Difu folgt mit dieser Neuauflage seinem Anspruch, nicht nur den aktuellen Kenntnisstand wissenschaftlich kompetent zu erarbeiten, sondern zugleich in einer für den kommunalen Alltag leicht nutzbaren Weise aufzubereiten.

Weitere Informationen:

PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Satzungen nach dem BauGB

Aktualisierte Neuauflage der Difu-Arbeitshilfe

Der Erlass von Ortsrecht im Rahmen der Satzungsautonomie ist originärer Ausdruck der kommunalen Selbstverwaltung. Satzungen sind die instrumentelle Basis zur Gestaltung der Rechtsrahmens für die örtliche Entwicklung. Besondere praktische Bedeutung kommt dabei den Satzungen zu, deren Rechtsgrundlagen sich im Baugesetzbuch finden. Der Gesetzgeber hat den Kommunen einen breiten Fächer solcher rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand gegeben, mit denen die unterschiedlichsten städtebaulichen Aufgabenstellungen mit dem jeweils angemessenen Mittel angegangen werden können. Dabei geht es nicht nur um Bebauungspläne, die als Satzung beschlossen und bekannt gemacht werden. Ebenso wichtig sind die anderen Satzungstypen, die das Baugesetzbuch kennt und die jeweils für bestimmte städtebauliche Zwecke genutzt werden können. Sie sind Ausdruck der kommunalen Planungshoheit, indem sie dem Gestaltungswillen das angemessene Gestaltungsmittel an die Seite stellen.

Die neue Difu-Arbeitshilfe „Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch“ hat genau diese Satzungstypen zum Gegenstand, denen bislang in der Fachliteratur weniger Aufmerksamkeit zuteil wurde, als zum Beispiel dem Bebauungsplan. Die Arbeitshilfe wird nun in aktualisierter und überarbeiteter dritter Auflage vorgelegt. Diese Auflage soll die rechtssichere Anwendung der Satzungen durch eine praxisnahe Darstellung der Voraussetzungen und zahlreiche Beispiele und Muster unterstützen.

Behandelt werden die Satzungen, die der Sicherung der Ziele einer Bebauungsplanung dienen, also die Veränderungssperre nach § 14 BauGB und die Vorkaufssatzung nach § 25 BauGB. Ebenso erläutert werden die in § 34 und § 35 BauGB vorgesehenen Satzungen, mit denen Baurechte klagestellt oder begründet werden können. Dazu gehören die Klarstellungssatzung nach § 34 Abs.4 Nr.1 BauGB, die Entwicklungssatzung nach § 34 Abs.4 Nr.2 BauGB, die Ergänzungssatzung nach § 34 Abs.4 Nr.3 BauGB) sowie die Außenbereichssatzung nach § 35 Abs.6 BauGB).

Im Zusammenhang mit den Aufgaben der Innenentwicklung und des Erhalts baukulturell wertvoller städtebaulicher Strukturen

kommt der städtebaulichen Erhaltungssatzung nach § 172 Abs.1 Nr. 1 BauGB eine wichtige Funktion zu. Auch die sogenannte Milieuschutzsatzung nach § 172 Abs.1 Nr. 2 BauGB gewinnt aktuell angesichts der sich in einigen Städten zum Teil zuspitzenden Situation auf dem Wohnungsmarkt an Relevanz, um gewachsene Bevölkerungsstrukturen vor Verdrängung zu schützen. Die Arbeitshilfe behandelt diese Satzungen genauso in eigenen Kapiteln wie die Fremdenverkehrssatzung nach § 22 BauGB. Thematisiert werden schließlich auch Kostensatzungen wie die Erschließungsbeitragssatzung nach § 132 BauGB und die Kostenerstattungssatzung nach § 135 c BauGB. Bei der Kostenerstattungssatzung gem. § 135 c BauGB wird das Finanzierungssystem bei Flächen und Maßnahmen für den Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft systematisch und gut nachvollziehbar dargestellt. Verzichtet wird auf die Darstellung der Satzungen, die in der Fachliteratur bereits oft erläutert sind und zu denen es genügend Arbeitshilfen für die praktische Anwendung gibt. Hierzu zählen der Bebauungsplan, aber auch die Sanierungssatzung nach § 142 BauGB und die Satzung über städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach § 165 BauGB. Nicht Vollständigkeit war das Ziel, sondern Konzentration auf die Satzungen, für die es bisher kaum praktische Unterstützung in der täglichen Praxis der Verwaltungen von Städten und Gemeinden gibt. Dieser Grundsatz war bei der Neuauflage zielbestimmend.

Mit der Neuauflage dieser Arbeitshilfe werden die durch Gesetzgebung und Rechtsprechung eingetretenen Änderungen aufgegriffen und die entsprechenden Hinweise und Empfehlungen aktualisiert.

Die Arbeitshilfe enthält zu allen genannten Satzungen praxisgerechte Erläuterungen mit zahlreichen Beispielen und Mustern, darunter grundsätzlich auch ein Muster der jeweiligen Satzung. Ebenso finden sich Hinweise auf wichtige Rechtsprechung und weiterführende Literatur. Nur bei der Erschließungsbeitragssatzung wird bewusst auf eine ausführliche Darstellung verzichtet, da zu dieser Satzung bereits ein umfassendes Literaturangebot vorliegt und die Gemeinden mit dieser „Pflicht-Satzung“ bereits langjährige Erfahrungen haben.



Die Erläuterungen zu den einzelnen Satzungen folgen einem einheitlichen Gliederungsraster, das die Handhabbarkeit der Arbeitshilfe erleichtern soll. Systematisch werden danach folgende Gliederungspunkte abgehandelt:

- Ziel der Satzung
- Erforderlichkeit der Satzung
- Wirkung der Satzung
- Voraussetzungen für den Erlass der Satzung
- Inhalt der Satzung
- Satzungsmuster
- Verfahren und Bekanntmachung
- Geltungsdauer der Satzung/Fehlerheilung

Soweit erforderlich werden bei bestimmten Satzungen in diesem Kontext weitere besondere Aspekte angesprochen, bei der Veränderungssperre zum Beispiel die Frage der Verlängerung, des erneuten Satzungserlasses und der Entschädigung. Bei der Veränderungssperre wird zudem die Systematik der Verlängerungsmodalitäten aufgezeigt und anhand eines Beispiels die Fristberechnung für die Geltungsdauer einer Veränderungssperre dargestellt.

Die behandelten Satzungen sind nicht nur hinsichtlich ihrer Zielrichtung und Wirkung zu unterscheiden, sie stellen auch unterschiedliche Anforderungen an das Verfahren. Bei Satzungen, die sich verändernd auf die Bodennutzbarkeit auswirken können, kommt obligatorisch das Verfahren zur vereinfachten Änderung von Bebauungsplänen nach § 13 BauGB zur Anwendung. Daher sind bei diesen Satzungen eine Öffentlichkeitsbeteiligung und eine Beteiligung der berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchzuführen. Mit der Anwendbarkeit des § 13 BauGB gilt für diese Satzungen inzwischen der Grundsatz, dass diese nicht die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, begründen dürfen (vgl. § 34 Abs.5 Nr.2 BauGB).

Die Anforderungen an das Beteiligungsverfahren sind an einem Beispiel erläutert (Entwicklungssatzung gem. § 34 Abs.4 Nr. 2 BauGB). Bei den übrigen Satzungen, für die Verfahrensbedingungen zu beachten sind, wird auf eine Wiederholung der Erläuterungen im Interesse einer strafferen Darstellung verzichtet und auf die ausführliche Erläuterung an der genannten Stelle verwiesen.

Bei den Satzungen, für die ein Beteiligungsverfahren nach § 13 BauGB durchgeführt



Foto: Wolf-Christian Strauss

werden muss, ist – wie beim Bebauungsplan – die Ersatzbekanntmachung gemäß § 10 Abs.3 BauGB obligatorisch. Die Arbeitshilfe zeigt hier Beispiele und Bekanntmachungshinweise und geht auf die Voraussetzungen ein, die eine Bereithaltung der Satzung (Veränderungssperre gemäß § 14 Abs.1 BauGB) erfordert. Dabei wird zudem auf die nicht zwingenden, aber arbeitserleichternden Verfahrenshinweise bei der ausgefertigten Satzung eingegangen (Entwicklungssatzung § 34 Abs.4 Nr.2 BauGB).

Eine Begründung ist nur bei der Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs.4 Nr.3 BauGB und bei der Fremdenverkehrssatzung (§ 22 Abs.9 BauGB) vorgeschrieben. Jedoch wird bei allen anderen in der Arbeitshilfe behandelten Satzungen empfohlen, eine Begründung der Satzung beizufügen. Dies erhöht die Transparenz der die Satzung tragenden Ziele, die Akzeptanz und häufig auch die „Gerichtsfestigkeit“ der Satzung. Die Arbeitshilfe bietet daher beispielhaft vollständige Begründungen und Hinweise zum Aufbau einer sinnvollen Begründung. Diese geben Anregungen bei der Ausarbeitung einer eigenen Begründung.

Die Arbeitshilfe ist gekennzeichnet durch den reichhaltigen Erfahrungsschatz des Autorenteam. Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl und Anton Strunz waren langjährige Mitarbeiter im Bau- und Planungsreferat der Landeshauptstadt München. Als Juristen haben sie dabei stets neben dem Blick für das städtebaulich Erforderliche auch den für die rechtssichere Umsetzung der städtebaulichen Anliegen. Dementsprechend vermittelt die Arbeitshilfe Hinweise zur praktischen und zugleich rechtssicheren Anwendung der zur Verfügung stehenden Satzungsinstrumente. Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen werden in geeigneter Weise aufbereitet, um damit die Arbeit vor Ort in Städten und Gemeinden anwendungsbezogen zu erleichtern und zu qualifizieren.

Weitere Informationen:

PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Moderne Stadtgeschichte: Westeuropäische Großsiedlungen

Weitere Informationen:

PD Dr. Christoph Bernhardt
E-Mail: bernhardt@irs-net.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Die aktuelle Ausgabe der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ widmet sich den „Westeuropäischen Großsiedlungen“, einem Thema, das in der historischen Stadtforschung zuletzt vermehrt Aufmerksamkeit erfahren hat.

In ihrer Einleitung betonen die Herausgeber Georg Wagner-Kyora (Oldenburg) und Sebastian Haumann (Darmstadt), dass frühere pauschale Urteile zum Scheitern dieser Siedlungen dringend zu differenzieren und wesentlich Ausdruck einer spezifischen zeitgenössischen Sozialkritik seien, die überdies vielfach der Wahrnehmung der Bewohner nicht entsprach. Sie heben die vielen Gemeinsamkeiten zwischen diesen Flaggschiffen des Sozialen Wohnungsbaus der Nachkriegszeit in den westeuropäischen Ländern hervor, denen sich die Beiträge des Themenschwerpunkts widmen. Zunächst zeigt Peter Kramper (London) am Beispiel der Bremer Großsiedlung Neue Vahr die Schwankungen in der öffentlichen Wahrnehmung und fachwissenschaftlichen Kritik und den Umschlag von zunächst großer Zustimmung zu modernkritisch motivierter Ablehnung. In ihrer vergleichenden Analyse des Märkischen Viertels in Berlin und der Siedlung „Sarcelles“ im Raum Paris rekonstruiert Christine Reinecke (Hamburg), wie das Entstehen von Negativimages wesentlich von den Werturteilen sozialwissenschaftlicher und sozialpsychologischer Forschung befördert wurde. Klaus Weinhauer (Bielefeld) betrachtet die Wahrnehmungen von Jugenddelinquenz in westdeutschen, britischen und holländischen Großsiedlungen und arbeitet Unterschiede heraus. Eine starke Wirkung auf die Bewertung der Siedlungen hätten die Dramatisierung von Großstadtkrawallen in den USA und die Raster der Kriminalitätsforschung ausgeübt, so Weinhauer. Petra Brouwer und Tim Verlaan (Amsterdam) heben am Beispiel zweier niederländischer Siedlungen hervor, dass diese langfristig recht unterschiedliche

„Karrieren“ durchliefen, die vom Negativimage zum Erfolgsmodell oder aber umgekehrt verlaufen konnten. Für die kommunale Wohnungspolitik in London sei, so Maren Harnack (Frankfurt a.M.), langfristig von einer Niedergangslinie zu sprechen, da die zunächst anspruchsvollen städtebaulichen Projekte mit dem Umbau des Sozialstaates in den 1980er-Jahren beendet und die bestehenden Siedlungen „zur Verfügungsmasse einer gemeindlichen Mangelverwaltung“ wurden. Abschließend zeigen Christian Heppner (Hannover) für Garbsen bei Hannover, wie ein Siedlungsprojekt erfolgreich zur selbstständigen Kommune entwickelt wurde, und Sabine Mecking (Duisburg) für Sennestadt bei Bielefeld die Herausbildung einer kollektiven Identität unter den Bewohnern der vielfach „als seelenlos diskreditierten Großsiedlungen“. Der Themenschwerpunkt wird abgerundet durch die Leitzension, in der Sebastian Haumann die Publikationen von Tilman Harlander/Gerd Kuhn (Hg.) zur Sozialen Mischung in der Stadt und von Sybille Münch zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich bespricht.

In der neu etablierten Rubrik der „Freien Artikel“ befassen sich Sybille Frank/Jochen Schwenk/Silke Steets und Gunter Weidenhaus (Darmstadt) mit den Varianten im Umgang von Städten mit ihren Zoos. Ausgehend von dem raumsoziologischen Konzept der „Eigenlogik“ und der Frage nach den stadtkulturell begründeten Ausprägungen kommunaler „Zoo-Politik“ rekonstruieren sie am Beispiel der Zoos von Berlin, Leipzig, Frankfurt a.M. und Darmstadt die sehr unterschiedlichen Gründungsgeschichten und Profile dieser Einrichtungen. Abschließend untersucht Phillip Wagner (Berlin) die Auseinandersetzung mit Segregationskonzepten in der Stadtplanung der 1920er- und 1930er-Jahre am Beispiel der „International Federation of Housing and Town Planning“.

In der Rubrik „Allgemeine Berichte“ skizziert zunächst Wolfgang Hofmann (Berlin) in seinem Nachruf auf den britischen Historiker Peter Hennock das Wirken dieses aus Deutschland stammenden und im Nationalsozialismus vertriebenen Forschers. Das Heft wird abgerundet von sieben ausführlichen Berichten über stadtgeschichtliche Tagungen der jüngsten Zeit sowie den Mitteilungen zu Master-Studiengängen zur Stadtgeschichte und anstehenden Konferenzen.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Räumliche Auswirkungen der Energiewende

Positionspapier der führenden raumwissenschaftlichen Forschungs- und Beratungsinstitute Deutschlands

Die Energiepolitik gewinnt in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene immer mehr an Bedeutung. Staaten und internationale Organisationen arbeiten an Strategien, um angesichts der knapper werdenden Rohstoffe und des globalen Klimawandels eine sichere regenerative Energieversorgung in Verbindung mit wirtschaftlichem Wohlstand zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund wird Deutschlands Energiepolitik mit großer Aufmerksamkeit beobachtet – hat sich doch die Bundesregierung mit ihrem Bekenntnis zur Energiewende als Ziel gesetzt, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase deutlich zu reduzieren und gleichzeitig die zivile Nutzung der Atomenergie zu beenden.

Wird im Zusammenhang mit der Energiewende von „Räumen“ gesprochen, so wird üblicherweise danach gefragt, wie sich energiepolitische Entscheidungen räumlich auswirken werden. Dabei wird allerdings nur mit der „Energiebrille“ auf die betroffenen Räume geblickt. Die umgekehrte Perspektive fehlt meist jedoch: Die verschiedenen Ausgangsbedingungen unterschiedlicher Räume werden in der Energiepolitik kaum berücksichtigt. Eine wesentliche Empfehlung der Autoren des Positionspapiers lautet daher, bei der Gestaltung der Energiewende auf jeden Fall die raumplanerische Sicht zu berücksichtigen, denn sie eröffnet zwei Perspektiven:

- auf neue Anforderungen und Problemlagen in Räumen, z.B. einer Stadt, einer Region, einer bestimmten Fläche einerseits
- sowie andererseits auf veränderte Verhältnisse zwischen Räumen, z.B. zwischen Bundesländern oder zwischen Stadt und Land.

Das Positionspapier nimmt genau diese Zusammenhänge unter die Lupe. Es verdeutlicht, warum räumliche Belange in der Energiepolitik stärkere Berücksichtigung finden müssen und welchen großen Forschungs- und Handlungsbedarf es zu dem Themenkomplex gibt. Zu den Adressaten des Positionspapiers gehören politische Entscheidungsträger, Verantwortliche in Raum- und Stadtplanung wie auch Energiewirtschaft, ebenso wie die wissenschaftliche Gemeinschaft.

Die Raumwissenschaften definieren Räume als Ergebnisse des Zusammenspiels physischer und sozialer Faktoren. Daran orientiert sich auch die Gliederung des Textes: In einer Bestandsaufnahme werden physisch-räumliche Aspekte der Energiewende ebenso wie Institutionen und Akteure betrachtet. Thematisiert werden jeweils neue Anforderungen und Problemlagen in diesen Räumen sowie neue Verhältnisse zwischen diesen Räumen. Darauf basierend werden in dem Positionspapier der raumwissenschaftliche Forschungsbedarf benannt und politische Handlungsempfehlungen gegeben.

Die Autoren betonen, dass die Raumforschung mit ihrem themenorientierten interdisziplinären und zugleich anwendungsorientierten Zugang über hervorragende methodische und fachliche Kompetenzen für die vertiefte Behandlung der räumlichen Auswirkungen der Energiewende verfügt. Die Raumforschung sollte daher in die wissenschaftliche Begleitung des Prozesses der Transformation auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen stärker als bisher eingebunden werden. Sie sollte umgekehrt aber auch selbst noch stärker ihr wissenschaftliches Know-how einbringen.

Weitere Informationen:
Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: beckmann@difu.de

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Kostenloser Download:
<http://www.difu.de/publikationen/2013/raeumliche-implikationen-der-energiewende.html>



Das Positionspapier benennt Forschungsbedarfe sowie politische Handlungsempfehlungen. Es wurde im Raumwissenschaftlichen Netzwerk 11R erarbeitet, dem Zusammenschluss der führenden raumwissenschaftlichen Forschungs- und Beratungsinstitute in Deutschland.

Foto: Wikimedia Commons/
author: Sylvain Perron

Wirtschaftsflächen der Zukunft

Flächenentwicklung für wissensintensive Unternehmen: Veranstaltungsdokumentation erschienen



Die Bereitstellung von geeigneten Flächen für Industrie, Handwerk und Dienstleistungsunternehmen gehört seit jeher zum festen Handlungsrepertoire von Kommunen. Dabei müssen Städte und Gemeinden auf Veränderungen der Standortfaktoren sowie der Flächenbedarfe von Unternehmen reagieren. Hintergrund ist der ökonomische und technologische Wandel: neue Produktions- und Logistikkonzepte, das Wachstum des Dienstleistungssektors oder die gestiegene Bedeutung von Wissen und Innovation als Produktionsfaktor. Entsprechend hat sich das Spektrum an Unternehmensstandorten in den letzten Jahrzehnten deutlich erweitert. Dies machen Stichworte wie Logistik-, Gewerbe- oder Technologieparks deutlich.

Im Mittelpunkt der Publikation „Wirtschaftsflächen der Zukunft“ stehen die Flächenbedarfe wissensintensiver Produktions- und Dienstleistungsunternehmen. Der Band dokumentiert die gleichnamige Fachtagung, die das Deutsche Institut für Urbanistik und die Stadt Heidelberg im Januar dieses Jahres veranstaltet haben. Die vierzehn Autoren des Bandes beleuchten aus wissenschaftlicher Sicht sowie aus der Perspektive von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kammern sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen wesentliche Aspekte einer Flächenentwicklung für wissensintensive Unternehmen:

- Welche Standortfaktoren sind für diese Unternehmen wichtig und welche Rolle kann in einer zunehmend globalisierten Welt räumliche Nähe spielen?
- Welche Strategien und Ansätze gibt es, Flächenentwicklung für wissensintensive Unternehmen zu betreiben?
- Wie können die Impulse aus Universitäten und Forschungseinrichtungen für die Flächenentwicklung genutzt werden?
- Wie lassen sich Konversionsflächen für die Entwicklung von Standorten für wissensintensive Unternehmen nutzen?

Neben Überblicksbeiträgen aus wirtschaftsgeographischer und stadtplanerischer Perspektive geht der Band auch auf Instrumente zur Flächenentwicklung wie etwa kommunale Gewerbeflächenkonzepte ein. Verschiedene Praxisbeispiele verdeutlichen unterschiedliche kommunale bzw. unternehmerische Strategien der wissensorientierten Entwicklung großer Areale. So steht das Dortmunder PHOENIX-Areal für die Transformation eines ehemaligen Hochofen- und Stahlwerksgeländes zu einem integrierten Stadtquartier für Arbeit, Wohnen und Erholung. Das Beispiel des Basler Novartis Campus zeigt, wie eine innovative Arbeitsplatzgestaltung und hohe städtebauliche Qualitäten innovative Wertschöpfungsprozesse beschleunigen und gleichzeitig international umworbene Fachkräften ein attraktives Arbeitsumfeld bieten können.

Insgesamt – so macht ein Vergleich verschiedener europäischer Stadtentwicklungsprojekte deutlich – lässt sich ein Trend von eher monofunktionalen Wissenschaftsparks hin zu nutzungsgemischten und städtebaulich integrierten „Wissensquartieren“ feststellen. Gleichzeitig öffnen sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen – das zeigt etwa die Darstellung der „Industry on Campus“-Projekte der Universität Heidelberg – zunehmend für unternehmerische Investitionen in gemeinsame Forschungs- und Entwicklungszentren.

Weitere Informationen:
Dipl. Verw. Wiss.
Daniel Zwicker-Schwarm
Telefon: 030/39001-154
E-Mail:
zwicker-schwarm@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

PHOENIX Dortmund: Neue
Technologien auf alten Flächen

Quelle: Wirtschaftsförderung
Dortmund



Auf dem Weg zur Flächenkreislaufwirtschaft

Central Europe Projekt CircUse abgeschlossen

In dem unter anderem vom Difu bearbeiteten CENTRAL EUROPE-Vorhaben „Circular Flow Land Use Management (CircUse)“ wurden von 2010 bis 2013 praxisrelevante Modelle für eine Flächenkreislaufwirtschaft in sechs Ländern entwickelt und erprobt. Beteiligt waren insgesamt zwölf Projektpartner, darunter drei assoziierte Institutionen. Die beteiligten Länder waren Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Italien, Österreich und Deutschland.

Aktionspläne in Pilotregionen

Im Mittelpunkt des Vorhabens stand die Entwicklung von Aktionsplänen für die Implementierung einer Flächenkreislaufwirtschaft in jeweils einer Stadt bzw. Region in jedem beteiligten Land. Bestandteil dessen waren konkrete Umsetzungsprojekte z.B. zur Revitalisierung altindustrieller Standorte. Hierzu zählen u.a. ein Pilotvorhaben auf dem Gelände einer ehemaligen Porzellanfabrik in Freiberg (Mittelsachsen) sowie die Begrünung eines ehemaligen Bergbaugeländes in Piekary Śląskie nahe Katowice (Polen). In der Region Voitsberg (Steiermark) wurde die erste österreichische Flächenmanagement-Agentur gegründet, in welcher eine Vielzahl von Managementaufgaben rund um die Revitalisierung von Industriebrachen auf regionaler Ebene langfristig verankert sind. Das Difu hat die Projektpartner sowohl bei der Erstellung von Aktionsplänen als auch bei der Konzeption der Flächenmanagement-Agentur aktiv unterstützt.

Bewusstseinsbildung für Flächenkreislaufwirtschaft

Im Rahmen von „CircUse“ hat das Difu das Arbeitspaket „Kommunikation, Wissenstransfer und Dissemination“ verantwortet und zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen, Medieninformationen, Newsletter sowie die Präsenz auf Konferenzen, Tagungen und Messen realisiert. In diesem Zusammenhang hat das Institut ein Konzept sowie Materialien für einen Pilottrainingskurs entwickelt, um lokale und regionale Schlüsselakteure mit dem Modell der Flächenkreislaufwirtschaft vertraut zu machen. Hierzu wurde in Bärnbach (Österreich) ein Pilottrainingskurs mit dem Titel „Zukünftige Landnutzung in der Region Voitsberg“ durchgeführt, an dem u.a. Mitarbeiter verschiedener Kom-

munalbehörden, Regionalplaner, Flächeneigentümer, die Landwirtschaftskammer und Regionalentwickler teilnahmen.

Internationale Abschlusskonferenz

In einer CircUse-Abschlusskonferenz mit dem Titel „Sustainable Urban Land Use“ am 27. bis 28. Mai 2013 Katowice (Polen) wurden Projektergebnisse präsentiert sowie Verfahrensweisen, Instrumente und organisatorische Lösungen für eine Flächenkreislaufwirtschaft erörtert. An der Konferenz nahmen rund 120 Teilnehmer aus Österreich, Tschechien, Deutschland, Slowakei, Italien und Polen teil.

CircUse-Kompodium

Im August 2013 publizierte das Difu unter dem Titel „Towards Circular Flow Land Use Management. The CircUse Compendium“ eine Veröffentlichung, in der die zentralen Ergebnisse des Vorhabens zusammengeführt wurden. Neben einer Darstellung des Modells der Flächenkreislaufwirtschaft und der darin gebündelten Handlungsbereiche wie Flächeninformation, Planung, Kooperation, Organisation, Finanzierung, Bewusstseinsbildung und Partizipation werden darin die Pilotprojekte aus den sechs Ländern dargestellt. Das CircUse-Kompodium steht in englischer Sprache kostenfrei zum Download bereit.



Foto: IETU

Anna Starzewska-Sikorska, Institute for Ecology of Industrial Areas (IETU), Katowice und Stanisław Korfanty, Bürgermeister von Piekary Śląskie, pflanzen einen Baum im Rahmen des polnischen CircUse-Pilotprojekts

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
Telefon: 030/39001-263
E-Mail: verbuecheln@difu.de

CircUse-Kompodium:
www.circuse.eu

Alte Porzellanfabrik in Freiberg:
Gegenstand des CircUse-Aktionsplans in Mittelsachsen

Foto: LfULG



Qualifizierte Beratung für den Klimaschutz in Kommunen

Über 3000 Förderanträge zur Kommunalrichtlinie gestellt – unterstützt durch das SK:KK

SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) ist Ansprechpartner bei Fragen rund um die kommunalen Aspekte des Klimaschutzes und der Energie- wende. Mit Beratung zu Fördermöglichkei- ten, Fach- und Vernetzungsveranstaltungen, einem umfangreichen Internetangebot sowie Veröffentlichungen zu verschiedenen The- menschwerpunkten begleitet das SK:KK Kommunen von der ersten Idee bis zur er- folgreichen Umsetzung ihres Klimaschutz- projekts.

Das SK:KK berät vor allem bei Fragen zur Kommunalrichtlinie, dem Förderprogramm des Bundesumweltministeriums für Klima- schutzprojekte in Kommunen. Im Förderfen- ster 2013 zeigten sich die Kommunen beson- ders aktiv: Insgesamt wurden rund 3200 An- träge gestellt, mehr als doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. Damit entwickelt sich die Kommunalrichtlinie mit der Unterstützung durch das SK:KK zu einer wahren Erfolgsstory.

Veranstaltungsvielfalt für Wissen und Austausch

Auch nach der Antragstellung hilft das SK:KK weiter. Im Juni und Juli wurden etwa 500 Teilnehmer auf den bundesweit zehn „Informations- und Vernetzungstreffen für Antragsteller“ über die Kommunalrichtlinie, wichtige Aspekte der Projektorganisation und den Mittelabruf informiert. Darüber hinaus zeigten regionale Praxisbeispiele die Vielfalt des kommunalen Klimaschutzes.

Auf positive Resonanz stieß neben dem umfangreichen Informationsangebot vor allem die Möglichkeit zum Erfahrungsaus- tausch und zur Vernetzung.

Eine Kommune, die das Klimaschutzthema bereits auf vielen Ebenen bearbeitet und zeigt, welche Möglichkeiten im Rahmen der Kommunalrichtlinie bestehen, ist München. Vom Sommer 2013 an unterstützen elf geför- derte Klimaschutzmanager verschiedene Referate der Stadtverwaltung und sichern da- mit die Koordination und Weiterentwicklung des umfangreichen Münchener Maßnahmen- pakets zum Klimaschutz.

Als Unterstützung beim Initiieren und Um- setzen von Klimaschutzprojekten bietet das SK:KK zahlreiche Veranstaltungen an. In ver- schiedenen Formaten werden Fachthemen diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht und Ver- netzungen mit anderen Kommunalvertretern ermöglicht. Die kommenden Veranstaltungen widmen sich den Themenschwerpunkten „Klimaschutz kommunizieren – Öffentlich- keitsarbeit im Klimaschutzmanagement“ (17.–18.9., Jena) sowie „Klimaschutz durch Green IT“ (19.9., Greifswald). Die Kommu- nalkonferenz bietet eine abwechslungsreiche Kombination aus fachlichem Input, neuen Ideen und einem intensiven Erfahrungsaus- tausch (18.–19.11., Berlin).

Nach der Kommunalrichtlinie ist vor der Kommunalrichtlinie

Die inhaltliche Ausrichtung sowie die Förderbedingungen der Kommunalrichtlinie werden regelmäßig überprüft und der Markt- entwicklung, dem Förderbedarf sowie den verfügbaren Haushaltsmitteln angepasst. Dabei werden sowohl die Wirksamkeit der Förderung als auch die Fördereffizienz be- rücksichtigt. Aufbauend auf den vielfältigen Erfahrungen und Anforderungen der Kommu- nen im Bereich des kommunalen Klima- schutzes bringt das SK:KK seine Expertise in den wissenschaftlichen und fachpolitischen Diskurs ein. Im Herbst ist mit der novel- lierten Version der Kommunalrichtlinie zu rechnen – und natürlich wieder mit der Unterstützung durch das SK:KK, zum Bei- spiel im Rahmen einer bundesweiten Info- tour.

Weitere Informationen:

Eva Karcher, M.A.
Telefon: 030/39001-235
E-Mail: karcher@difu.de

[www.klimaschutz.de/
kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)

Informations- und Vernetzung-
treffen für Antragsteller in
Hannover am 12. Juni 2013

Foto: Eva Karcher



Die Erläuterungen zu den einzelnen Satzungen folgen einem einheitlichen Gliederungsraster, das die Handhabbarkeit der Arbeitshilfe erleichtern soll. Systematisch werden danach folgende Gliederungspunkte abgehandelt:

- Ziel der Satzung
- Erforderlichkeit der Satzung
- Wirkung der Satzung
- Voraussetzungen für den Erlass der Satzung
- Inhalt der Satzung
- Satzungsmuster
- Verfahren und Bekanntmachung
- Geltungsdauer der Satzung/Fehlerheilung

Soweit erforderlich werden bei bestimmten Satzungen in diesem Kontext weitere besondere Aspekte angesprochen, bei der Veränderungssperre zum Beispiel die Frage der Verlängerung, des erneuten Satzungserlasses und der Entschädigung. Bei der Veränderungssperre wird zudem die Systematik der Verlängerungsmodalitäten aufgezeigt und anhand eines Beispiels die Fristberechnung für die Geltungsdauer einer Veränderungssperre dargestellt.

Die behandelten Satzungen sind nicht nur hinsichtlich ihrer Zielrichtung und Wirkung zu unterscheiden, sie stellen auch unterschiedliche Anforderungen an das Verfahren. Bei Satzungen, die sich verändernd auf die Bodennutzbarkeit auswirken können, kommt obligatorisch das Verfahren zur vereinfachten Änderung von Bebauungsplänen nach § 13 BauGB zur Anwendung. Daher sind bei diesen Satzungen eine Öffentlichkeitsbeteiligung und eine Beteiligung der berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchzuführen. Mit der Anwendbarkeit des § 13 BauGB gilt für diese Satzungen inzwischen der Grundsatz, dass diese nicht die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, begründen dürfen (vgl. § 34 Abs.5 Nr.2 BauGB).

Die Anforderungen an das Beteiligungsverfahren sind an einem Beispiel erläutert (Entwicklungssatzung gem. § 34 Abs.4 Nr. 2 BauGB). Bei den übrigen Satzungen, für die Verfahrensbedingungen zu beachten sind, wird auf eine Wiederholung der Erläuterungen im Interesse einer strafferen Darstellung verzichtet und auf die ausführliche Erläuterung an der genannten Stelle verwiesen.

Bei den Satzungen, für die ein Beteiligungsverfahren nach § 13 BauGB durchgeführt



Foto: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gropiusstadt_closeup.jpg
author: P. Darmochwal, Sansculotte at de.wikipedia

werden muss, ist – wie beim Bebauungsplan – die Ersatzbekanntmachung gemäß § 10 Abs.3 BauGB obligatorisch. Die Arbeitshilfe zeigt hier Beispiele und Bekanntmachungshinweise und geht auf die Voraussetzungen ein, die eine Bereithaltung der Satzung (Veränderungssperre gemäß § 14 Abs.1 BauGB) erfordert. Dabei wird zudem auf die nicht zwingenden, aber arbeitserleichternden Verfahrenshinweise bei der ausgefertigten Satzung eingegangen (Entwicklungssatzung § 34 Abs.4 Nr.2 BauGB).

Eine Begründung ist nur bei der Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs.4 Nr.3 BauGB und bei der Fremdenverkehrssatzung (§ 22 Abs.9 BauGB) vorgeschrieben. Jedoch wird bei allen anderen in der Arbeitshilfe behandelten Satzungen empfohlen, eine Begründung der Satzung beizufügen. Dies erhöht die Transparenz der die Satzung tragenden Ziele, die Akzeptanz und häufig auch die „Gerichtsfestigkeit“ der Satzung. Die Arbeitshilfe bietet daher beispielhaft vollständige Begründungen und Hinweise zum Aufbau einer sinnvollen Begründung. Diese geben Anregungen bei der Ausarbeitung einer eigenen Begründung.

Die Arbeitshilfe ist gekennzeichnet durch den reichhaltigen Erfahrungsschatz des Autorenteam. Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl und Anton Strunz waren langjährige Mitarbeiter im Bau- und Planungsreferat der Landeshauptstadt München. Als Juristen haben sie dabei stets neben dem Blick für das städtebaulich Erforderliche auch den für die rechtssichere Umsetzung der städtebaulichen Anliegen. Dementsprechend vermittelt die Arbeitshilfe Hinweise zur praktischen und zugleich rechtssicheren Anwendung der zur Verfügung stehenden Satzungsinstrumente. Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen werden in geeigneter Weise aufbereitet, um damit die Arbeit vor Ort in Städten und Gemeinden anwendungsbezogen zu erleichtern und zu qualifizieren.

Weitere Informationen:

PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld

Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen (transit)

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Das Gesamtvorhaben soll dazu beitragen, Sicherheitsstrategien von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen als Endnutzern transdisziplinär zu erarbeiten. Es konzentriert sich auf Fragen der (Alltags-)Sicherheit in der Stadt und dabei besonders auf den engeren Wohnbereich und das weitere Wohnumfeld.

Das vom Difu bearbeitete Teilvorhaben ist ausgerichtet auf die kommunalen Akteure als eine Untergruppe der Akteure, die für die Sicherheitswahrnehmung und die Schaffung von Sicherheit in den Städten von Bedeutung ist. Städtebauliche und organisatorische Maßnahmen sowie Strategien zur Verbesserung der Sicherheit im Wohnbereich und -umfeld aus Deutschland und dem europäischen Ausland werden analysiert, um erfolgreiche Ansätze zu identifizieren. Anhand von Fallstudien wird eine Systematik von Präventionsansätzen und Sicherheitsstrategien auf kleinräumiger Ebene sowie zum Umgang von Kommunen mit präventionsrelevanten Themen erarbeitet. Es werden Bedarfsanalysen zu Angst- und Gefahrenräumen für das Wohnumfeld in ausgewählten Fallstudien er-

arbeitet und Konzepte für kriminalpräventive Sicherheitsmaßnahmen erstellt, die der Erhöhung der Sicherheit und deren Wahrnehmung von Bürgern dienen. Es werden kleinräumige Kriminalitätslagebilder erstellt und mit den räumlichen Ausprägungen subjektiver Wahrnehmung von Sicherheitsakteuren, Vertretern von Wohnungswirtschaft und Kommune und der Wohnbevölkerung in Beziehung gesetzt. Ein übertragbarer Ansatz zur Klassifizierung von Angst- und Gefahrenräumen und eine Best-Practice-Sammlung kriminalpräventiver Handlungsmöglichkeiten werden erarbeitet. Die herausgearbeiteten Instrumente sollen im Rahmen der Weiterbildung von Fach- und Führungskräften von Polizei, Kommunalverwaltungen und Wohnungsunternehmen eingesetzt werden. Die transdisziplinäre Erarbeitung von Instrumenten und Konzepten soll dazu beitragen, Schnittstellenprobleme zwischen der Vielzahl von Akteuren im Bereich Sicherheit in Wohngebieten (Bewohner, Wohnungswirtschaft, Kommune, Polizei, Schule, Einzelhandel, Kirche, Vereine) zu minimieren.

Weitere Informationen:

Dr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail:
urbane-sicherheit@difu.de

Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme

Wissenschaftliches Koordinierungsvorhaben zur BMBF-Fördermaßnahme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Die Folgen von Klima- und demographischem Wandel stellen weltweit neue Anforderungen an eine nachhaltige Bewirtschaftung von Wasserressourcen. Dies stellt die Infrastrukturen der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung in Deutschland vor erhebliche Herausforderungen. Es gilt, die Anpassungsfähigkeit der teilweise veralteten Systeme zu verbessern und neue flexible Lösungen zu entwickeln. Daher fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förder-

schwerpunkts „Nachhaltiges Wassermanagement“ (NaWaM) mit der Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ (INIS) die Erforschung und Erprobung neuer Ansätze in der Wasserwirtschaft.

Die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben dieser Fördermaßnahme werden durch ein wissenschaftliches Koordinierungsvorhaben (WK INIS) begleitet. Seit Anfang 2013 führen

das Difu, die DVGW-Forschungsstelle der TU Hamburg-Harburg und die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) das Vorhaben gemeinsam durch.

Ziele und Aufgaben sind dabei u.a.:

- Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit
- Präsentation der Fördermaßnahme INIS auf nationalen und internationalen Tagungen
- Vernetzung der Verbundforschungsvorhaben
- Organisation von projektübergreifenden Workshops und Statuskonferenzen
- Information der Fachöffentlichkeit über die Fördermaßnahme und ihre Ergebnisse
- Vorstellung von Forschungsergebnissen im Rahmen des bestehenden Bildungsangebots von Difu, DVGW und DWA
- Implementierung der Forschungsergebnisse in das einschlägige Regelwerk
- Information und Beratung von politischen Entscheidungsträgern
- Unterstützung der Überführung von Forschungsergebnissen in die Praxis
- Unterstützung des Abbaus finanzieller, verwaltungsorganisatorischer und rechtlicher Hemmnisse
- Information der Bürger über neuartige Sanitärsysteme und alternative Wasser- und Abwasserinfrastrukturen und die Unterstützung des Abbaus bestehender Hemmschwellen und Vorbehalte.

Foto: Jens Libbe

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Dr.-Ing. Darla Nickel
Telefon: 030/39001-207
E-Mail: nickel@difu.de

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

www.bmbf.nawam-inis.de

Soft House, IBA Hamburg

Konzepte für Regenwasserbewirtschaftung und Abwassersysteme

Ziel des Projekts KURAS – Konzepte für urbane Regenwasserbewirtschaftung und Abwassersysteme – ist die Erarbeitung und modellhafte Demonstration von integrierten Konzepten eines nachhaltigen Umgangs mit Abwasser und Regenwasser in Städten.

Zum einen sollen für Abwasserentsorger und Kommunen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, wie sie ihre technische Abwasserinfrastruktur zukunftsorientiert betreiben, ausbauen und verändern können. Mit Blick auf zu erwartende klimatische und demografische Veränderungen sind Probleme im Betrieb bestehender Netze zu erwarten. Zum anderen sollen für Kommunen und Abfallentsorger Konzepte der nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung für urbane Standorte entwickelt werden, die

- Maßnahmen der Regenwasserbewirtschaftung hinsichtlich ihrer Effekte auf Umwelt, Stadtklima, Bauphysik und Kosten(struktur) vergleichbar machen,
- Optimierung von Maßnahmenkombinationen zu diesen Effekten ermöglichen,
- für Quartiere, Kleinstädte und Metropolen anwendbar sind,
- künftige Veränderungen berücksichtigen,

- an zwei Berliner Beispielquartieren demonstriert werden und
- Vorschläge für zukunftsfähige Finanzierungsmodelle und ordnungsbehördliche Maßnahmen enthalten.

Das Difu wird anhand von zwei Beispielquartieren zusammen mit Interessenvertretern realistische Maßnahmenkombinationen in Form von Szenarien zusammenstellen. Mit Hilfe der Szenarien soll es gelingen, für die betrachteten Beispielquartiere verschiedenartige Kombinationen der Regenwasserbewirtschaftung zu vergleichen und auf Basis einer qualitativen und quantitativen Bewertung zu einer strategischen Planung beizutragen. Wichtig ist dabei die Übertragung der Ergebnisse auf andere urbane Standorte.

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ gefördert. Kooperationspartner sind die TU Berlin, das Kompetenzzentrum Wasser Berlin, die Berliner Wasserbetriebe, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie weitere Einrichtungen.



Foto: Wikimedia Commons/
Pitlane02

Unterirdisches Speicherbecken für Ab- und Regenwasser zwischen der Düsseldorfer Kanalisation und dem Klärwerk Süd.

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Dr.-Ing. Darla Nickel
Telefon: 030/39001-207
E-Mail: nickel@difu.de

Difu-Fortbildungsprogramm 2014

Forum für Praxis, Wissen und Erfahrungsaustausch



Die Fort- und Weiterbildung zu kommunalen Themen ist seit Gründung des Difu wesentlicher Bestandteil und Auftrag des Instituts. In diesem Sinne kann das Difu den Transfer wesentlicher Forschungsergebnisse in die Praxis gewährleisten und durch die intensiven Kontakte zu den Teilnehmenden aus den Kommunen neuen Forschungsbedarf an der Schnittstelle von Theorie und Praxis erfassen.

Die meist zweitägigen Veranstaltungen werden zum Teil in Kooperation mit anderen Institutionen und in verschiedenen Städten durchgeführt und sind auf einen problemorientierten Erfahrungsaustausch ausgerichtet. Dieses praxisorientierte Angebot hat sich bewährt. Das Difu-Fortbildungsteam freut sich über Hinweise zu Themen und Interesse an gemeinsamen Veranstaltungen in Ihrer Stadt.

Für den Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Formate etabliert. Im klassischen Seminarbereich finden sich Themenschwerpunkte in den Aufgabenfeldern Stadtentwicklung/Stadtplanung, kommunale Bildungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- oder Umweltpolitik. Hier wird Wissen vermittelt und gemeinsam reflektiert. Nicht selten geschieht die Reflexion und Vertiefung in Kleingruppenarbeit. Des Weiteren bietet der Seminar-Bereich Fachtagungen, Brennpunktseminare sowie Regionalseminare. Ergänzt werden diese Angebote durch die öffentlichen Abendveranstaltungen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“, die sich insbesondere an die Berlin-Brandenburger (Fach-)Öffentlichkeit wenden.

Die Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) richten sich an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie an verwandte Professionen und sollen in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen sowie der Bekanntmachung und Erörterung innovativer Modelle des Verwaltungshandelns bei schwierigen Problemen dienen.

Mit der Fahrradakademie bietet das Difu kommunalen Akteuren der Radverkehrsförderung ein umfassendes Fortbildungsangebot an. Im Rahmen der Fahrradakademie werden ein- und mehrtägige Seminare an unterschiedlichen Standorten in Deutschland sowie Fachexkursionen angeboten.

Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz wurde im Auftrag und

mit Förderung des Bundesumweltministeriums (BMU) beim Difu eingerichtet, um Kommunen durch Information und Beratung bei ihren Klimaschutzaktivitäten zu unterstützen. Es bietet ganzjährig und deutschlandweit, kostenfreie Fach- und Vernetzungsveranstaltungen zu unterschiedlichen Schwerpunkten im Themenfeld kommunaler Klimaschutz und speziell zu Fördermöglichkeiten im Rahmen der „Kommunalrichtlinie“ des BMU an.

Das umfangreiche Programmheft des Difu enthält vertiefende Informationen. Zu „Brennpunktthemen“ werden zusätzliche Veranstaltungen kurzfristig angeboten und im Internet sowie durch Mailings bekannt gemacht. Die Einzelprogramme sind jeweils ca. drei bis vier Monate vor Veranstaltungsbeginn im Internet zu finden. Hier sind auch die ausführlichen Veranstaltungsangebote der Fahrradakademie, der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe sowie des Service- und Kompetenzzentrums Kommunaler Klimaschutz zu finden. Sollte Sie bereits jetzt ein Titel neugierig gemacht haben, bitten wir Sie, die Nummer einzutragen und per Fax oder E-Mail an uns zu senden. Sie erhalten dann digital ein Programm sobald es fertiggestellt ist.

1. Halbjahr

1. Gesund älter werden in der Stadt
Seminar, 17.–18. Februar 2014, Berlin

2. Fernbusterminals als kommunale Aufgabe? Strategien zum Umgang mit dem wachsenden Fernbusverkehr
Seminar, 24.–25. Februar 2014, München

3. Stadtmarketing: Kontinuität oder Neuorientierung?
Seminar, 13.–14. März 2014, Berlin

4. Smart Cities – Perspektiven der Städte zwischen Technikeuphorie und urbaner Lebensqualität
Seminar, 17.–18. März 2014, Berlin

5. Nachhaltige Stadtentwicklung. Integriert. Vernetzt. Partizipativ. Überzeugend.

Seminar in Kooperation mit dem ICLEI – Europasekretariat, 20.–21. März 2014, Berlin

6. Zu Fuß mobil im Quartier

Seminar in Kooperation mit „Netzwerk Shared Space“, dem Expertise-Netzwerk der Verbände SRL, VCD, ADFC, FUSS e.V., 27.–28. März 2014, Berlin

Wenn Sie das Programm zu einzelnen Veranstaltungen bekommen möchten, so faxen oder mailen Sie uns bitte die entsprechende Nummer. Sie erhalten es nach Fertigstellung.

Nr. ____ Nr. ____

Nr. ____ Nr. ____

Nr. ____ Nr. ____

Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre E-Mail-Adresse ein:

Name

Vorname

E-Mail

Senden Sie bitte Ihre Angaben an den

**Bereich Fortbildung
Fax: 030/39001-268
E-Mail: fortbildung@difu.de**

7. Elektromobilität in Kommunen – Städtische Perspektiven und rechtlicher Rahmen

Seminar, 3.–4. April 2014, Berlin

8. „Standortfaktor Stadt“ – Perspektiven für die kommunale Wirtschaftsförderung

Seminar, 7.–8. April 2014, Berlin

9. (Sozial-)Raumorientierung der Kommunalverwaltung zwischen Jugendhilfe und integrierter Stadt(teil)entwicklung: „Modetrend“ oder Handlungserfordernis?

Seminar, 5.–6. Mai 2014, Berlin

10. 44. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Erfahrungsaustausch in Zusammenarbeit mit der Stadt Bremerhaven, 14.–16. Mai 2014, Bremerhaven

11. Wo spielt die Musik? Wie viel Kultur kann sich Stadt noch leisten – wie viel muss sie sich leisten?

Seminar, 26.–27. Mai 2014, Berlin

12. Kommunale Strategien zur Sicherung der (sozialen) Wohnraumversorgung

Seminar, 2.–3. Juni 2014, Berlin

13. Städtebaurecht aktuell: Rechtliche Umsetzung von Maßnahmen des Klimaschutzes im Städtebau

Fachtagung, 16.–17. Juni 2014, Berlin

14. Meine Stadt – meine Verwaltung? Kooperationskultur in und mit der Politik und Verwaltung

Seminar, 19.–21. Juni 2014, Berlin

2. Halbjahr

15. Inklusion in deutschen Schulen: Erfahrungen und Handlungsbedarf

Seminar in Kooperation mit dem DST, 1.–2. September 2014, Berlin

16. Gartenschauen: Trends, Konzepte und Perspektiven

Seminar, 11.–12. September 2014, Berlin

17. Konversionsflächen: Makel oder Anstoß für neue nachhaltige Strategien

Seminar in Zusammenarbeit mit der Stadt Hanau, 29.–30. September 2014, Hanau

18. Korruptionsprävention in der Kommunalverwaltung: Problem erkannt – Gefahr gebannt?

Seminar, 13.–14. Oktober 2014, Berlin

19. Klimaanpassung im historischen Quartier – Herausforderungen und Handlungsansätze

Seminar, 3.–4. November 2014, Berlin

20. Neuartige Lösungen in der Siedlungswirtschaft – Konzepte und Ansätze für Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung

Seminar, 6.–7. November 2014, Berlin

21. Attraktiven ÖPNV entwickeln unter dem Handlungsrahmen des novellierten PBefG – Erfahrungen und Lösungen

Seminar, 10.–11. November 2014, Berlin

22. Forum Deutscher Wirtschaftsförderer (FdW)

Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE, 13.–14. November 2014, Berlin

23. Rahmenbedingungen und aktuelle Probleme der kommunalen Sportpolitik

Seminar in Kooperation mit dem DST, 17.–18. November 2014, Berlin

24. Einzelhandel in der Stadt – Aktuelle Trends und Perspektiven

Seminar, 20.–21. November 2014, Berlin

25. Inklusive Quartiersentwicklung – Herausforderungen und Handlungsansätze

Seminar, 24.–25. November 2014, Berlin

26. Städte unter Wachstumsdruck – Integration von Stadt- und Verkehrsentwicklung

Seminar, 1.–2. Dezember 2014, Berlin

27. Klein- und Mittelstädte – Klein ganz groß?

Seminar, 4.–5. Dezember 2014, Berlin

28. Lärminderung und Luftreinhaltung im Verkehr

Seminar, 8.–9. Dezember 2014, Berlin

Weitere geplante Veranstaltungen 2014

29. Akteure in der kommunalen Aufgabengestaltung

Seminar, 1. Halbjahr 2014, Berlin oder regional

30. Erfahrungsaustausch Bürgerbeteiligung: Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur

Seminar, 1. Halbjahr 2014, regional

31. 19. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Fachkongress, regional

32. Zwischennutzung von Flächen und Gebäuden in der integrierten Stadtentwicklung

Seminar, September 2014, Berlin oder regional

33. Urbane Gärten

Seminar, Köln

34. Wohnen im Alter

Seminar, Berlin oder Köln

35. Sicherheit im Wohnbereich

Seminar, Berlin oder regional

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte 2013/2014:

Öffentliche, kostenfreie Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in Berlin. Start jeweils 17.00 Uhr im Difu. Anmeldung erforderlich.

Gemeinschaftliche Wohnformen – Impulsgeber für Stadtentwicklung und Wohnraumversorgung?

16. Oktober 2013

Kommunale Beteiligungskultur: Rollen, Spielregeln und Aushandlungsprozesse auf dem Prüfstand

13. November 2013 (voraussichtl.)

Erstes integriertes Energiekonzept

4. Dezember 2013 (voraussichtl.)

Smart City – von der Vision zur Konkretion

15. Januar 2014

Parkraummanagement in Berlin und anderen europäischen Städten

19. Februar 2014

Verkehr 2050: Wie werden sich Mobilität und Verkehr langfristig entwickeln?

12. März 2014

Weitere Infos und Anmeldung Difu-Dialoge:

Cornelia Schmidt

Telefon: 030/39001-208

E-Mail: schmidt@difu.de

www.difu.de/taxonomy/term/352

Aktuelle Infos und Einzelprogramm-Flyer:

Im Laufe des Jahres können sich Änderungen ergeben. Der aktuelle Stand ist stets im Internet zu finden: <http://www.difu.de/veranstaltungen>

Weitere Informationen:

Dr. Elke Becker

Telefon: 030/39001-149

E-Mail: ebecker@difu.de

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – ein alltagskulturelles Phänomen?

Kommunale Handlungsstrategien

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind mittlerweile keine gesellschaftlichen Randerscheinungen mehr, sondern drohen zu einem Teil der Alltagskultur zu werden. Viele Bemühungen rechtsextremer Organisationen setzen dabei im Alltagsleben in den Kommunen an. Das war Anlass für das Difu, ein Seminar zum Thema: „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – ein alltagskulturelles Phänomen? Kommunale Handlungsstrategien“ am 21. und 22. März 2013 in Berlin zu veranstalten. Bei der Frage, wie sich das demokratische Gemeinwesen dagegen wehren kann, ging es im Rahmen des Seminars um mögliche Kooperationen zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dabei standen vor allem Maßnahmen im Mittelpunkt, die an den gesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus ansetzen. Orientiert an den Problemen in den Kommunen bot das Seminar die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, zum Knüpfen von Kontakten und zur Diskussion der Wirksamkeit einzelner Lösungsstrategien. Den inhaltlichen Einstieg in das Seminarthema übernahm Dr. Ralf Melzer, Mitarbeiter im Projekt gegen Rechtsextremismus in der Friedrich-Ebert Stiftung in Berlin. Er stellte aktuelle Ergebnisse einer Untersuchung der Stiftung über rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012 vor. Ziele der Studie waren u.a., anhand der vorgelegten Daten die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren und über Präventionsstrategien nachzudenken, da Rechtsextremismus als kulturelles Phänomen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei.

Bernd Wagner, Geschäftsführer des ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur sowie von EXIT – Deutschland, referierte mit beeindruckendem Insiderwissen über das (neue) „Kümmerer“-Image der Rechten und deren Argumentations- und Anwerbestrategien.

Er stellte fest, dass sich seit dem Anfang der 90er-Jahre zwei Hauptlinien herausgebildet haben: Militanz und Gewalt sowie Subversion. Eine gute Lageanalyse sei wichtig um die Frage zu beantworten, wie man „deradikalisieren“ könne. Man müsse sich vom Bild des Neonazis mit dem klassischen Habitus verabschieden („die Stiefel sind’s nicht mehr“), es gebe auch den barfüßigen Veganer mit langen Zöpfen oder den Tierarzt bei den Republikanern. Auch die „Pro-Bewegungen“ mit verschiedenen kommunalen Wählerinitiativen seien kritisch zu betrachten, entscheidend sei der ideologische Plot und „das völkische Denken“, das da in den Köpfen sei. Unterschätzt werden Wagners Meinung nach Gruppen, die man nach außen nicht sieht, wie z.B. „Blood and honour“ oder arische Bruderschaften, die aber sehr aktiv sind. Genannt wurden u.a. hier auch die sogenannten „Unsterblichen“ oder „Identitäre“, die den Identitätsbegriff, nicht mehr die Volksgemeinschaft in den Mittelpunkt stellen und künftig stärkere Beachtung im Kontext von Intervention und Prävention gegen Rechts erfordern.

Nach einem intensiven Erfahrungsaustausch in Kleingruppen und weiteren Fachreferaten lieferte Karl-Willi Beck, Erster Bürgermeister von Wunsiedel, einen optimistischen Aus- und Rückblick auf die von Politik und zivilgesellschaftlichen Akteuren gemeinsam erreichten Erfolge. Er stellte vor, wie länderübergreifende und kommunale Netzwerkarbeit gegen Rechtsextremismus funktionieren kann. Anlass, tätig zu werden, war das Heiß-Grab in Wunsiedel, die damit verbundenen Nazi-Treffen und die dahinterstehende Frage: Unheilvolle Bürde für die Stadt oder Herausforderung der Bürgerschaft? Antwort auf diese Frage war die Wunsiedler Doppelstrategie einer aktiven Zivilgesellschaft mit wirksamen Aktionen sowie dem gezielten Ausloten der rechtlichen und gesetzestalterischen Möglichkeiten durch die Stadtverwaltung. So verwundert denn auch nicht der Abschlusssatz von Karl-Willi Beck, der stellvertretend für das Resümee vieler Teilnehmer und Referenten des Seminars stehen kann: „Erfolgreiches Dagegenhalten braucht beherztes Handeln!“

Weitere Informationen:
AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-136
E-Mail: landua@difu.de



Foto: Wikimedia Commons/
author: Peng (talk)

Schulversäumnisse – Jugendhilfe und Schule in einem Boot?

Die Tagung „Schulversäumnisse – Jugendhilfe und Schule in einem Boot?“ wurde am 14. und 15. März 2013 in der Landeshauptstadt Potsdam von der AG Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik veranstaltet. Veranstaltungsort war das Tagungszentrum der Hoffbauer gGmbH auf der Insel Hermannswerder, da dort auch das Jugendhaus Oase der Jugendhilfe seine Heimat hat und als freier Träger über sehr viel Erfahrung in diesem Arbeitsfeld verfügt. Übergeordnete Fragestellungen waren: Welches gemeinsame Verständnis von Bildung haben die Beteiligten des Systems Jugendhilfe? Verstehen sich Kinder- und Jugendhilfe als Bildungspartner? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus in Zusammenarbeit mit den Partnern des Systems Schule? Inhaltliche Schwerpunkte der Fachtagung waren: Prävention von Schulabsentismus, Reintegration von Schulverweigerern und begleitende Angebote zur „normalen“ Schule.

So fragte Bodo Ströber, Leiter des Jugendhauses OASE, Potsdam, zu Beginn seines Vortrags, ob Schulversäumnisse immer auch gleichzusetzen seien mit Schulverweigerung. Und wer eigentlich definiere, was „draußen“ und was drinnen ist? Es war ein sehr emotionaler Vortrag, der zum Nachdenken anregen und Anlass sein sollte, eigene Haltungen zu überprüfen. Es gebe in seiner bisherigen Praxis kaum zwei Fälle von Schulversäumnissen im Jugendhaus OASE, die gleich seien. Es müsse immer berücksichtigt werden, welche individuellen Probleme, aber auch Ressourcen bei den Jugendlichen vorhanden sind. Die Frage, in welcher Form Jugendhilfe für das Kind hilfreich sein kann, stehe im Mittelpunkt. Der Wert pädagogischen Handelns bestehe darin, sich in jedem Einzelfall individuell und unvoreingenommen den jeweiligen Situationen der Jugendlichen zu widmen und daran das Handeln auszurichten. Wichtigste Bedingung für die Förderung des Lernens sei die Qualität des Schüler-Lehrer-Verhältnisses. Es dürfe nicht heißen: „Du bist hier in Mathe, wenn Du ein Problem hast ‚geh‘ zum Schulsozialarbeiter“. Es werde immer gefragt, ist das Kind bereit für die Schule und nicht, ob die Schule auch bereit für das Kind sei.

Margret Schettler, Mitarbeiterin in der Landeskoooperationsstelle Schule – Jugendhilfe, kobra.net GmbH, Brandenburg, Potsdam,

sprach über „Schulversäumnisse – Anzeichen und Ursachen“. Auftrag ihrer Arbeitsstelle sei es, die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zu initiieren, zu unterstützen, zu begleiten, zu beraten und Prozesse zu moderieren. In ihrem Arbeitskontext sei insbesondere die Frage wichtig: „Was passiert eigentlich mit den Kindern, die zumeist hoffnungsfroh in die Schule kommen und später zu Schulverweigerern werden?“. Margret Schettler machte deutlich, dass Schulversäumnisse in der Regel eine längere Vorgeschichte haben. Ursachen und Risikofaktoren für Schulversäumnisse seien sowohl bei den jungen Menschen selbst, in der Familie, in der Schule als auch bei der Gruppe der Gleichaltrigen zu suchen. Beide Systeme, Jugendhilfe und Schule, hätten ihre Besonderheiten und Stärken im Vergleich zum jeweils anderen System, die es gelte mit dem Ziel der Förderung und Motivation der Kinder zu nutzen.

Über „Schulversäumnisse und die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie“ referierte Petra Vasen, Fachkraft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters, LVR-Klinikum Essen. Eingangs sagte sie, viele Kinder und Jugendliche würden sinngemäß mit dem Satz „Ich fühle mich so, wie ich bin, nicht anerkannt.“ in der Beratungsstelle ankommen. Der Fokus des Vortrags von Petra Vasen lag auf Arbeitsweisen und Erfahrungen im Umgang mit Schulvermeidung im interdisziplinären Kontext und der Vorstellung des Essener Schulvermeider-Projekts und des dazugehörigen Manuals. Vasen nahm Bezug auf die Aspekte Motivationale Arbeit, Kognitive Verhaltenstherapie, Schulische Beratung, Sport-Coaching und Familienberatung.

Zum Tagungsausklang konnten die Teilnehmer an Rundgängen über die Insel Hermannswerder teilnehmen, die von Jugendlichen aus dem Jugendhaus OASE vorbereitet und gestaltet wurden und die viel über die Inselgeschichte und die Arbeit des Jugendhauses OASE zu erzählen wussten. Das Angebot, gelebte Kooperation von Jugendhilfe und Schule vor Ort kennenzulernen und miteinander ins Gespräch zu kommen, nahmen viele der Teilnehmer gern an.



Margret Schettler,
Landeskoooperationsstelle
Schule-Jugendhilfe, kobra.net
Brandenburg



Bodo Ströber,
Leiter des Jugendhauses OASE,
Potsdam



Petra Vasen,
Klinik für Psychiatrie und
Psychotherapie des Kindes- und
Jugendalters, LVR-Klinikum
Essen

Fotos: Rita Rabe

Weitere Informationen:

AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-136
E-Mail: landua@difu.de

Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Besichtigung in Görlitz



Fotos: Wolf-Christian Strauss

Terminhinweis:

44. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung
14.–16. Mai 2014
in Bremerhaven



Gastgeber des 43. Interkommunalen Erfahrungsaustauschs zur Stadterneuerung und Sozialplanung war in diesem Jahr von 5. bis 7. Juni die Stadt Görlitz. Die Veranstaltungsserie hat eine lange Tradition: Sie wurde im Frühjahr 1973 – dem Geburtsjahr des Difu – als Reaktion auf die drängenden kommunalen Herausforderungen ins Leben gerufen.

Görlitz bildet gemeinsam mit der Partnerstadt Zgorzelec auf der polnischen Seite der Neiße die Europastadt Görlitz/Zgorzelec. Dies ist der Ort, wo in Mitteleuropa die Sonne zuerst aufgeht und die Uhren „richtig ticken“ – die Mitteleuropäische Zeit richtet sich seit 1893 an der Görlitzer Ortszeit aus. Dabei reicht die wechselvolle Siedlungsgeschichte der Stadt am Neiße-Ufer über 900 Jahre zurück – ihr bauliches Erbe von 4000 Einzeldenkmälern und der weitgehend unverändert vorhandenen historischen Stadtquartiere sind heute zugleich Kapital und Herausforderung für die Stadt Görlitz.

Nicht nur vom erhaltenen baulichen Reichtum unterschiedlichster Epochen in der Stadt sowie den Erfolgen und Erfahrungen der letzten 20 Jahre Stadterneuerung konnten sich die rund 80 teilnehmenden Fachleute überzeugen, sondern auch von der Gastfreundschaft der Stadt Görlitz, der Mitarbeiter der Stadtverwaltung und ihrer Bewohner. Und auch von ihrem Improvisationstalent: kleinere Programmänderungen auf Grund des Neiße-Hochwassers blieben so ohne Auswirkung auf den Gesamtplan. Im Rahmen der thematischen Stadtrundgänge und der informellen Abendveranstaltung gab es auch wieder breiten Raum für fachliche Diskussionen und Austausch.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einem baulichen „Kleid“ der Stadt, das für gut 100 000 Einwohner ausreicht, aber nur noch von etwa 54 000 bewohnt wird, beschäftigt sich Görlitz mit verschiedenen Themen der Stadtentwicklung: Neben der Sanierung und Weiterentwicklung des touristischen Zentrums – der „guten Stube“ Altstadt – geht es darum, den Stadtumbau zu organisieren (beispielsweise durch Schrumpfung in den Plattenbaubereichen) sowie die Gründerzeitviertel zu stärken und wieder zu beleben. Ein aktueller Schwerpunkt sind Fragen der energetischen Stadterneuerung, wie eine Reduzierung der CO₂-Bilanz unter anderem durch quartiersbezogene Lösungen (z.B. Nahwärmeversorgungsmodelle) umgesetzt werden kann und inwieweit entsprechende Investitionsmaßnahmen in einem Markt mit vergleichsweise niedrigen Mieten (re)finanzierbar sein können.

Die Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn (nicht nur in der Stadtentwicklung), Fragen des wirtschaftlichen Strukturwandels, des Stadtumbaus an der Nahtstelle der europäischen Erweiterung sowie die Notwendigkeit einer übergeordneten nationalen integrierten Stadtentwicklungspolitik und -förderung sind weitere wichtige Themen für die Stadt Görlitz. Vor diesem Hintergrund widmete sich die abschließende Podiumsdiskussion dem Thema „Bedeutung nationaler und europäischer Fördermittel für die Stadtentwicklung – Erfahrungen, Erfordernisse, Ausblicke“. Ergänzt durch einen Inputvortrag zu den entsprechenden Erfahrungen und Positionen aus Sicht der Stadt Leipzig, diskutierten – dieses Jahr leider ohne Vertreter des Bundes und des Landes – Ute Gläser von der Stadt Leipzig, Hartmut Wilke von der Stadt Görlitz und Thomas Bleier vom Sanierungsträger STEG mit den Tagungsteilnehmern.

Dass Stadtentwicklung in Görlitz nicht nur aus der Beschäftigung mit der Kernstadt besteht, sondern unter anderem auch eingemeindete Dörfer und eine weitläufigen Naturraum entlang der Neiße und Bergbaufolgelandschaften umfasst, konnte bei schönem Wetter während einer anschließenden Radtour „erfahren“ werden.

Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 3/2013

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ – Alkoholprävention im öffentlichen Raum

<http://www.difu.de/publikationen/2013/6-bundeswettbewerb-vorbildliche-strategien-kommunaler.html>

Kommunaler Klimaschutz 2012: Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte

www.difu.de/publikationen/2013/kommunaler-klimaschutz-2012.html

Klimaschutz & Biodiversität

<http://www.difu.de/publikationen/2013/klimaschutz-biodiversitaet.html>

Seminardokumentationen

Städtische Mobilitätsstrategien 2030/2050

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2013-06-20/staedtsche-mobilitaetsstrategien-2030-2050.html>

Städtebaurecht aktuell – Städtebauliche Verträge und Erschließungsverträge nach der BauGB-Novelle

<http://www.difu.de/dokument/staedtebaurecht-aktuell-staedtebauliche-vertraege-und.html>

43. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2013-06-05/43-interkommunaler-erfahrungsaustausch-zur-stadterneuerung.html>

Inklusion statt Integration: Aktueller Entwicklungsstand einer Herausforderung für das deutsche Schulsystem

<http://www.difu.de/dokument/inklusion-statt-integration-aktueller-entwicklungsstand.html>

Finanzinvestoren im Wohnquartier

<http://www.difu.de/dokument/finanzinvestoren-im-wohnquartier-akteure-und-interessen.html>

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – ein alltagskulturelles Phänomen? Kommunale Handlungsstrategien

<http://www.difu.de/dokument/rechtsextremismus-und-fremdenfeindlichkeit-ein.html>

Dann lernen wir eben Fremdsprachen! Anspruch und Wirklichkeit der interkulturellen Öffnung deutscher (Kommunal-)Verwaltungen

<http://www.difu.de/dokument/dann-lernen-wir-eben-fremdsprachen-anspruch-und.html>

Vorträge

Gewerbeflächenkonzepte – Instrumente für eine strategische Flächensicherung

Von Daniel Zwicker-Schwarm
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-06-25/gewerbeflaechenkonzepte-instrumente-fuer-eine-strategische.html>

Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung: Stadt – Land – Zukunft?

Von Tilman Bracher
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-06-25/herausforderungen-einer-nachhaltigen-entwicklung-stadt.html>

Nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung – Ein Überblick

Von Daniel Zwicker-Schwarm
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-04-18/nachhaltige-gewerbeflaechenentwicklung-ein-ueberblick.html>

Difu-Umfrage Kommunale Wirtschaftsförderung 2012: Ausgewählte Ergebnisse

Von Daniel Zwicker-Schwarm
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-04-15/difu-umfrage-kommunale-wirtschaftsfoerderung-2012.html>

Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030

Von Reiner Nagel
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-03-27/stadtentwicklungskonzept-berlin-2030.html>

Mehr als gewohnt. Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung

Von Bettina Reimann:
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-03-06/mehr-als-gewohnt-gesundheitsfoerderung-in-der.html>



Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwender: <http://www.difu.de/institut/zuwender>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de



Das Difu auf Facebook

Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Difu-Facebook-Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account.

<https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Herzlich Willkommen: Reutlingen im Kreis der Difu-Zuwenderstädte



Foto: Stadt Reutlingen

Landschaftlich reizvoll gelegen, dynamisch und zukunftsorientiert: Reutlingen, ehemals Freie Reichsstadt mit reicher Historie, ist heute nicht nur Teil der Europäischen Metropolregion Stuttgart und – zusammen mit der Nachbarstadt Tübingen – das Oberzentrum für die Region Neckar-Alb, sondern auch das größte Wirtschaftszentrum zwischen Stuttgart und dem Bodensee. Als wichtige Einkaufsstadt in der Region, als „Tor zur Schwäbischen Alb“ und Teil des größten UNESCO-Biosphärengebiets in Deutschland offeriert Reutlingen seinen rund 110.000 Einwohnern hohe Lebensqualität und alle Annehmlichkeiten einer modernen Großstadt.

Traditionell mit der Textilindustrie verbunden, dominieren heute die elektrotechnische Industrie, der Maschinen- und Anlagenbau und der Bereich Automotive. Zahlreiche international agierende Unternehmen haben ihren Sitz in Reutlingen. Die Stadt hat sich die gezielte Förderung zukunftsweisender Branchen, aber auch neuer Technologien wie Biotechnologie, Medizintechnik, Nanotechnologie und Werkstofftechnologie sowie die Mobilitäts- und Energiebranche auf die Fahnen geschrieben. Der Technologiepark Tübingen-Reutlingen ist Deutschlands größtes Gründerzentrum für Biotechnologie und ermöglicht den Knowledge-Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft.

Die Hochschule Reutlingen erzielt in Hochschulrankings regelmäßig Spitzenplätze. Vor allem die ESB Business School erfreut sich eines erstklassigen Rufs.

Reutlingen nutzt die Vorteile für Difu-Zuwenderstädte

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Bereichen. Viele Städte mussten aus finanziellen Gründen die eigene Stadtforschung aufgeben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die richtige Entscheidungsfindung jedoch erschwert – und falsche oder zu späte Entscheidungen verursachen mitunter hohe Kosten. Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Difu-Forschungsthemen sind keine „Elfenbeinturm-Themen“.

Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen und unterstützt deren Fortbildung. Die Forschungsergebnisse werden den Kommunen zur Verfügung gestellt und die vom Difu initiierten Informationsnetzwerke fördern den kommunalen Erfahrungsaustausch. Über hundert (Groß)städte sowie eine Reihe von Regional- und Planungsverbänden gehören zum Kreis der „Difu-Zuwender“. Sie greifen auf die vielfältigen, praxisorientierten Leistungen zurück, die das Difu zu allen kommunalrelevanten Themen anbietet. Auch Reutlingen gesellte sich in den Kreis der Städte und Planungsverbände, die die Difu-Expertise nutzen, u.a.:

- Persönliche Beratung
- Praxisorientierte Fortbildung in Berlin oder vor Ort
- Die eigene Stadt als Fallstudienstadt
- Erfahrungsaustausch mit anderen Städten
- 24-Stunden-Zugang zu Difu-Datenbanken
- Zugang zu exklusiven Informationen im Difu-Extranet
- Die Difu-Neuerscheinungen kostenfrei

Last, but not least: Das Difu ist eine Solidarinstitution der deutschen Städte. Die Forschungstätigkeit und Mitwirkung des Instituts in vielen kommunalrelevanten Entscheidungsprozessen auf Bundesebene (z.B. Baurechtsnovellen, Gemeindesteuerreform, Ausgestaltung von großen Förderprogrammen wie z.B. Soziale Stadt) kommen allen Städten und Gemeinden zugute. Daher ist die Difu-Förderung – auch unabhängig vom aktuellen Nutzen für die eigene Stadt – eine solidarische Leistung, die über Umwege auch wieder in den eigenen Kassen ankommt.

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

<http://www.difu.de/institut/zuwender/zuwendervorteile>

Difu aktiv-Ticker – Auswahl

Auf der Jahresklausur der Amtsleiter der Zürcher Planungsverwaltung referierte **Wulf-Holger Arndt** am 24. und 25.6. in Berlin zu Lärmschutz in der Stadtplanung. **Jörg Thiemann-Linden** gab auf dieser Veranstaltung u.a. einen Überblick über den bundesweiten Radverkehr mit Bezug zum neuen Nationalen Radverkehrsplan 2020. **Dr. Elke Becker** führte am 29.5. auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Nairobi einen Workshop zum Thema „(In-)formelle Beteiligung“ durch. Auf der Konferenz „African Cities of the future: Smart, Sustainable, Participatory“ von DAAD und KAS am 30. und 31.5. hielt sie den Vortrag „Participatory City Planning and Management in Germany. Innovative Case Studies“. **Univ.-Prof. Dr. Klaus J. Beckmann** nahm am 15.5. an der Sitzung des Beirats für Raumentwicklung (BMVBS) teil, hielt am 23.5. in Berlin auf der InnoZ-Veranstaltung „Praxisforum Verkehrsforschung 2013“ den Vortrag „Anforderungen an die Mobilitätsforschung von morgen“, kommentierte am 29.5. im Rahmen des Stadtforums 2030 „Berlin: sozial, gerecht. Was hält die Stadt zusammen?“ unter dem Motto „Schlussfolgerungen für 2030“ und stellte am 3.6. in Leipzig auf der vom BMBF durchgeführten Abschlussveranstaltung „ZukunftsWerkStadt“ die „Nationale Plattform Zukunftsstadt“ vor. Am 6.6. eröffnete er in Hamburg den ARL-Kongress „Regionale StadtLandschaften“, nahm am 7.6. am Treffen der Oberbürgermeisterkonferenz Ost in Zwickau teil, referierte am 12.6. beim Themenfeldtreffen „Stadtentwicklung und Verkehrsplanung“ im Rahmen der Begleitforschung der Modellregionen Elektromobilität des BMVBS zum Thema „Elektromobilität“ und hielt am 15.6. auf der „IMMOEBS“ in Frankfurt am Main einen Vortrag zum Thema „Bürgerbeteiligung an Großprojekten“. Am 17.6. referierte er beim 7. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Mannheim/Ludwigshafen über „Instrumente zur Stärkung von Städten und Regionen“. Zudem hielt er am 26.6. in Ludwigshafen im Rahmen der Regionalkonferenz: „Energie & Umwelt“, Metropolregion Rhein-Neckar, den Vortrag „Mobilität der Zukunft in Stadt und Region“. **Dr. Stephanie Bock** moderierte am 6.5. beim Regionalverband Ruhr den Workshop „Gender Mainstreaming auf dem Weg zum Regionalplan Ruhr: Bilanzen und Perspektiven“. Am 5.6. hielt sie auf dem Kongress „Kooperative Stadtentwicklung“ (8. Bielefelder Stadtentwicklungstage) den Vortrag „Von Inseln der Beteiligung zu einer integrierten Beteiligungskultur: Perspektiven der kommunalen

Bürgerbeteiligung“ und beteiligte sich an der Gesprächsrunde „Vom Wutbürger zum Mutbürger – Wege einer konstruktiven Partizipation“. **Tilman Bracher** referierte am 26.6. im Rahmen der vom Umweltministerium Baden-Württemberg veranstalteten 16. Mainauer Mobilitätstage über „Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung: Stadt – Land – Zukunft?“. **Dr. Holger Floeting** hielt am 3.6. in Wien auf der von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften veranstalteten Konferenz „Sicherheit als Technik“ den Vortrag „Urbane Sicherheit 2.0 – Mehr als der Umgang mit Facebook-Partys, Flashmobs und Cyber-Mobbing. Interdependenzen zwischen urbaner Sicherheit und Internetnutzung“ sowie am 5.6. in Berlin im Auswärtigen Amt einen Vortrag zum Thema „Urban Safety and Security – A joint responsibility for urban society“ im Rahmen der Business and Technology Conference „Smart Solutions for Urban Challenges“. Am 13.6. hielt er im Rahmen des Fachdialogs Geistes- und Sozialwissenschaften in der zivilen Sicherheitsforschung des BMBF den Vortrag „Sicher ist, dass nichts sicher ist. Selbst das nicht. Plädoyer für eine Sicherheitskultur der Unsicherheiten im Städtischen“. **Jens Libbe** hielt am 13.5. im Institut IWAR der TU Darmstadt den Vortrag „Transformation lokaler Energieversorgung – räumliche Auswirkungen, unternehmerische Strategien und erforderliche Akteursprozesse“. Am 6.6. trug **Dr. Bettina Reimann** auf der Klausurtagung der Region Hannover zum Thema „Auf dem Weg, nicht am Ziel. Von Inseln guter Praxis zu einer integrierten Beteiligungskultur“ vor. Am 29. und 30.4. moderierten **Cornelia Rösler** und **Luise Willen** in Bonn die zweiteilige Veranstaltung „Die Umweltverwaltung NRW – Leitungsworkshop der kommunalen und staatlichen Umweltbehörden“. **Maic Verbücheln** hielt am 23.4. im Rahmen des IEE-Projekts „Spatial Planning and Energies for Communities in all Landscapes“ (SPECIAL, an dem das Difu – zuständig für die Erarbeitung eines Knowledge-Portfolios intensiv beteiligt ist), eine kurze Rede im englischen Parlament, dem House of Commons. Im Rahmen des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) hielt **Jan Walter** am 29.5. in Lebrade / Kreis Plön einen Vortrag zum Thema „Bürgerbeteiligung für Erneuerbare Energien“. **Daniel Zwicker-Schwarm** hielt am 25.6. in der IHK-Akademie München im Rahmen des 15. IHK-Symposiums Wirtschaftsförderung für Kommunen der IHK für München und Oberbayern den Vortrag „Gewerbeflächenkonzepte – Instrumente für eine strategische Flächensicherung“.



Foto: Doris Reichel

Abschied und Neubeginn im Difu



Marion Eberlein
Foto: David Ausserhofer



Gregor Jekel
Foto: David Ausserhofer



Hanna Blieffert
Foto: privat



Darla Nickel
Foto: Michael Prytula

Nach knapp zwei Jahren am Difu stellt sich **Dr. Marion Eberlein** seit August 2013 als Referentin bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in der Abteilung Volkswirtschaft/Finanzen/Steuern einer neuen beruflichen Herausforderung. Mit ihrer Mitarbeit in den Themenfeldern Kommunal финанzen, Infrastruktur und Stadtentwicklung hat sie dazu beigetragen, wichtige Schwerpunkte der aktuellen Difu-Arbeit im Interesse der Kommunen weiterzuentwickeln. Dies gilt insbesondere für das KfW-Kommunalpanel, die Infrastrukturprojekte „Altengerechte kommunalen Infrastruktur“ und „Ersatzneubau kommunaler Straßenbrücken“ sowie den Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden. Das Difu und ganz besonders die Kollegen im Forschungsbereich „Wirtschaft und Finanzen“ bedanken sich herzlich für die hilfreiche und kollegiale Zusammenarbeit und wünschen ihr alles Gute im neuen Aufgabenbereich.

Nach zwölf Jahren im Difu hat **Gregor Jekel** Ende August 2013 das Institut verlassen. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales tätig. Zunächst projektbezogen in wechselnden Forschungszusammenhängen beschäftigt, hat er seit 2005 kontinuierlich im Themenfeld Wohnen gearbeitet. Als Themenverantwortlicher trug er ab 2008 maßgeblich dazu bei, dass das Difu heute als Kompetenzzentrum in den Themenschwerpunkten Kommunale Wohnraumversorgung, Innenstadtwohnen und gemein-

schaftliches Wohnen in der Fachöffentlichkeit anerkannt ist. Als Geograph war es ihm stets ein Anliegen, auch auf räumliche Aspekte kommunalen Handelns hinzuweisen, etwa im Zusammenhang mit der Gentrifizierungsdebatte oder Fragen des Stadtumbaus und des ressourcenschonenden Flächenmanagements. Gregor Jekel vertrat das Difu als Ständiger Gast in der Fachkommission Wohnen des Deutschen Städtetages. Der „kommunalen Familie“ bleibt er erhalten: Seit dem 1. September 2013 hat er die Leitung des Bereichs Wohnen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam übernommen. Die Difu-Mitarbeiter wünschen ihm dort einen guten Start und alles Gute für die Bewältigung der neuen Herausforderungen.“

Hanna Blieffert ist seit dem 1.7.2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen im Projekt „Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen (transit)“. Sie studierte mit Abschluss Bachelor und Master Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Stadtsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Graduate Center der City University in New York. Bereits während ihres Studiums war sie als studentische Mitarbeiterin im Difu-Bereich Wirtschaft und Finanzen tätig.

Dr.-Ing. Darla Nickel arbeitet seit Mai 2013 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsfeld Infrastruktur und Daseinsvorsorge des Arbeitsbereichs Mobilität und Infrastruktur. Sie betreut dort das wissenschaftliche Koordinierungsvorhaben zur BMBF-Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“. Darüber hinaus wird sie im Projekt „Konzepte für urbane Regenwasserbewirtschaftung und Abwassersysteme (KURAS)“ mitarbeiten. Darla Nickel hat Technischen Umweltschutz an der TU Berlin studiert und wurde an der Universität Stuttgart zum Thema „Erfassung und Bewertung des Einflusses von gebietsstrukturellen Eigenschaften auf Trinkwasserpreise“ promoviert. Vor ihrer Tätigkeit am Difu war Frau Nickel Projektleiterin und Koordinatorin am Ecologic Institute, Berlin.

Mediennachlese – Auswahl

[...] Leihräder sind auf dem Sprung aus der Nische in den Alltag. Doch Deutschland rollt der Welle noch ein wenig hinterher. [...]

„Das erste Mal mit ausreichend Substanz wurde ein Fahrradverleihsystem allerdings in Lyon umgesetzt“, sagt Sebastian Bührmann, der Leiter der Fahrradakademie beim Deutschen Institut für Urbanistik. [...] „Die Systeme werden stark von der städtisch-urbanen Bevölkerung genutzt, die nicht automatisch aufs Auto setzt“, sagt Experte Sebastian Bührmann. Sie nutzen den Öffentlichen Verkehr für längere Strecken und das Fahrrad für das letzte Stück zum Ziel. In dieser Kombination sieht der Mobilitätsexperte auch die Zukunft: „Der Effekt der Fahrradverleihsysteme auf den CO₂-Ausstoß ist allein gar nicht so groß. Aber im Verbund mit anderen Optionen wie Öffentlichem Verkehr, Carsharing und attraktiven Tarifangeboten kann man Verhaltensänderungen bewirken.“ [...] **ZDF, heute.de, 11.8.2013**

In den 90er-Jahren füllten viele bayerische Städte und Gemeinden durch Privatisierung kommunaler Betriebe ihre Kassen. Heute nehmen immer mehr dieser Kommunen die Versorgung ihrer Bürger wieder selbst in die Hand. [...] Eine aktuelle Bestandsaufnahme von Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) zeigt, dass sich die Erwartungen vielerorts nicht erfüllt haben. Entweder habe sich gezeigt, dass frühere Privatisierungsentscheidungen nicht gründlich durchdacht waren, oder dass das von privaten Unternehmen gebotene Preis-Leistungs-Verhältnis nicht gestimmt habe. So beobachten Wissenschaftler seit einigen Jahren eine deutliche Trendwende. [...] **Welt, 14.7.2013**

[...] Wissenschaftliche Untersuchungen speziell zur Wirkung von Schulbüchern gibt es nicht. Aber Beate Hollbach-Grömig, die am Institut für Urbanistik in Berlin das Image von Städten erforscht, gibt zu bedenken: Medien haben generell einen sehr großen Einfluss darauf, welches Bild wir von einer Stadt im Kopf haben: „Je früher diese Bilder ins Bewusstsein kommen – und das wäre ja bei Schulbüchern der Fall – desto langlebiger und desto prägender sind sie auch tatsächlich. Daher denke ich schon, dass Schulbücher eine vielleicht unterschätzte Bedeutung haben im Hinblick auf die Bildgestaltung, die man von einer Stadt oder eben Region haben kann.“ [...] Das Schulbuch sei kein gängiges Instrument im Stadtmarketing. „Was durchaus häufiger passiert, ist, dass beispiels-

weise Bilder, die im Fernsehen über eine Stadt vermittelt werden – Tatort ist so ein ganz typisches Beispiel – dass diese wahrgenommen werden und für eine Stadt wie Duisburg beispielsweise eher das alte Image verstärkt. Für eine Stadt wie Münster, die sehr attraktiv vermittelt wird im Tatort, so etwas dann auch sehr positiv ist.“ [...] **Deutschland Radio Wissen, 11.7.2013**

[...] Die Herausforderungen sind groß: Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, starker Zuwanderung in Städten und damit mehr Verkehr auf engem Raum und knapper werdender Ressourcen, die neue Alternativen fordern, bleiben zugleich soziale Ansprüche wie Mobilität und Flexibilität bestehen. [...] Tilman Bracher vom Deutschen Institut für Urbanistik nennt eines der gewünschten Ziele: keine konventionellen Autos mehr im Stadtverkehr bis 2050. Da individuelle Mobilität kaum aus dem Alltag wegzudenken wäre, muss das Auto zukunftsfähig sein. „Unsere Gesellschaft ist vom Automobil abhängig geworden“, stellt Tilman Bracher fest. Wünschenswert wäre zudem ein Wertewandel der Mobilität, der bereits häufig beobachtet werden kann: Die Bereitschaft, das eigene Auto auch mal stehen zu lassen, wächst immer mehr, stattdessen werden Angebote wie car sharing oder car pooling genutzt – oder auch einfach mal das Fahrrad. Es geht aber auch darum, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr neu zu erfinden, um ihn zu einer echten Alternative zu machen. [...] **Südkurier, 1.7.2013**

„Wird die Energiewende ein Kraftakt? Ja, das wird sie werden. Hat die Energiewende uns eine Ernüchterung gebracht? Ja, das hat sie. Wird die Energiewende lange dauern? Ja, das wird sie.“ Professor Klaus Beckmann vom Deutschen Institut für Urbanistik und ausgewiesener Experte in Sachen einer „postfossilen Mobilität“, also einer Mobilität jenseits fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Erdgas, beantwortete sich seine Fragen gleich selbst. Und liegt damit bei der 3. Regionalkonferenz „Energie & Umwelt“ im Ludwigshafener Pfalzbau auf einer gemeinsamen Wellenlänge mit Ludwigshafens OB und Präsidentin des Verbandes Region Rhein-Neckar Eva Lohse, aber auch mit MVV-Vorstandschef Georg Müller. [...] Nach Auffassung der Experten wird viel zu selten deutlich, dass die Energiewende nicht nur eine Stromwende ist. [...] Die Energiewende besteht aus drei Säulen: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Jan Hübner (Praktikant)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler
Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>
<http://www.kommunalweb.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 39/vierteljährlich
Stand: 20. August 2013

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de. Anschrift s.o.

Energie-Einsparung. Und zwar in den Bereichen Stromerzeugung, individuelle Mobilität/Verkehr und Wärmeverbrauch. (...)

Rhein-Neckar-Zeitung, 27.6.2013

[...] Die gegenseitige Unterstützung von Bewohnern wird noch an Bedeutung gewinnen“, sagt Gregor Jekel, der am Deutschen Institut für Urbanistik zum Thema „Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften“ forscht und gleichzeitig Vorstand und Gründungsmitglied der Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe ist. Heute sei für das ehrenamtliche Engagement der persönliche Bezug und ein emotionaler Auslöser entscheidend, erklärt er. Das funktioniere in Genossenschaften besonders gut, weil „die persönliche Betroffenheit hoch ist, wenn es um das Wohnen geht“. Bei der Bremer Höhe gibt es Mitglieder, die sich für Verkehrsberuhigung und Straßenbäume einsetzen oder die Baugeschichte der Immobilien aufarbeiten. Das Solidaritätsprinzip geht hier sogar so weit, dass zurzeit diskutiert wird, ob höhere Mieten, die sich in Neubauten ergeben, auf alle Mitglieder umgelegt werden sollen. [...] **Berliner Zeitung, 8.6.2013**

[...] In Deutschland gebe es zwar „einige deutlich angespannte Wohnungsmärkte“, aber noch keine allgemeine Wohnungsnot, behauptet Klaus Beckmann, Chef des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin. „Der größte Druck lastet auf sozial schwachen Gruppen“. Beckmann plädiert für ein ganzes Bündel an Maßnahmen, zuvorderst für mehr Bauland und für einen konkreten Schutz solcher Gruppen. Dazu seien öffentlich bezuschusste Wohnungen in privaten Immobilien „die intelligenteste, weil flexibelste Lösung“. Im Übrigen sollte das Augenmerk der Kommunalpolitiker darauf gerichtet sein, „einfachere Lagen attraktiv zu halten und weiter zu entwickeln. In den begehrten Lagen sollten eigene Grundstücke zum Verkehrswert den Wohnungsbaugenossenschaften oder Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel mit Belegungsbindungen oder Bindungen für bestimmte Marktsegmente“. [...] **Immobilienwirtschaft, 6.6.2013**

[...] „Menschen wandern in erster Linie nicht wegen weicher Standortfaktoren. Wichtig sind Löhne, ob sie höher sind und ob sie überhaupt gezahlt werden“, so Sternberg. Für Busso Grabow ist diese Erkenntnis schon lange kein Geheimnis mehr. Der Forscher am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) schrieb 1995 ein Standardwerk über weiche Standortfaktoren und hat sich dabei auch mit der Wirkung kultureller Angebote ausein-

andergesetzt. „Früher hat man gesagt: Alle Hochqualifizierten wollen in die Oper“, sagt Grabow. Deshalb habe, wer Akademiker anlocken wollte, in Hochkultur investiert. Tatsächlich gebe es unter den Akademikern aber eine starke Differenzierung, argumentiert der Experte. Die meisten Ingenieure und Naturwissenschaftler etwa interessierten sich für kulturelle Angebote überhaupt nicht. Um sie anzulocken, seien vielmehr Faktoren wie Wohnqualität oder Schulen ungleich wichtiger. Wer die Wirtschaft dennoch mit Kultur pöppeln will, braucht allem voran einen langen Atem. Kultur und Subkultur, Toleranz und Offenheit gegenüber anderen müsse vorgelebt werden, sagt Grabow. „Das ist ein Prozess über Generationen.“ [...] „Eine solche Kultur entwickelt sich häufig aus sich selbst heraus“, so Grabow. Städte könnten zwar Freiräume schaffen, aber darüber hinaus nicht viel mehr tun: Eine Überplanung erstickte jegliche Kreativität sofort im Keim. (...) **Welt am Sonntag, 26.5.2013**

[...] Statt in den Ausbau der Infrastruktur zu investieren, lässt Deutschland seine Straßen, Schienen und auch Schulen zusehends verfallen. [...] Ökonomen warnen, dass Deutschland wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten könnte. „Deutschland steckt in einer Investitionsmisere“, sagt Sylvain Broyer, Chefvolkswirt der französischen Investmentbank Natixis in Frankfurt. [...] Mit seiner Forderungen nach höheren öffentlichen Investitionen steht Broyer nicht alleine. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch das Deutsche Institut für Urbanistik. Es hat im Auftrag der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 526 Städte, Gemeinden und Landkreise befragt. Dabei kam es für 2012 auf einen Investitionsrückstand von 128 Milliarden Euro, wovon 33 Milliarden Euro auf „Straßenbau und Verkehr“ entfallen und 22 Milliarden Euro auf „Schulen“. [...] **Handelsblatt, 23.05.2013**

Das Deutsche Institut für Urbanistik liefert Anregungen und Informationen für die Planung von Busbahnhöfen. Nachdem Fernbusse jetzt mit der Bahn und auch untereinander konkurrieren dürfen, wird das Aufkommen von Bussen in den Städten weiter zunehmen. [...] Die Difu-Mitarbeiter Jörg Thiemann-Linden und Professor Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann gehen auf die Situation für die neue innerstädtische Infrastruktur ein. Neben den bestehenden Bahnhöfen für Regional- und Stadtbusse müssten nun auch geeignete Plätze für Fernbusse geschaffen werden – verbunden mit weiteren Einrichtungen wie sie im Umfeld eines Bahnhofs notwendig werden. [...] **das rathaus, 5/2013**

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse**__ Expl. Wirtschaftsflächen der Zukunft**

NEU

Flächenentwicklung für wissensintensive Unternehmen.
Fachtagungsdoku, Daniel Zwicker-Schwarm (Hrsg.)
Bd. 5/2013. 140 S., ISBN 978-3-88118-525-7
Schutzgebühr 18,- Euro

__ Expl. Jetzt auch noch resilient?

Anforderungen an die Krisenfestigkeit der Städte
Klaus J. Beckmann (Hrsg.)
Bd. 4/2013. 82 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-520-2

__ Expl. Städtischer Wirtschaftsverkehr

Doku der Internationalen Konferenz 2012
(Teile auch auf Englisch und Französisch)
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.)
Bd. 3/2013. 248 S., Schutzgebühr 25,- Euro
ISBN 978-3-88118-518-9

__ Expl. Urbanes Landmanagement in Stadt und Region

Urbane Landwirtschaft, urbanes Gärtnern
und Agrobusiness
Von Stephanie Bock u.a.
Bd. 2/2013. 120 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-516-5

__ Expl. Herausforderungen der Energiewende für das kommunale Energiemanagement

Doku des 17. Kongresses der kommunalen
Energiebeauftragten, Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 1/2013. 240 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-515-8

__ Expl. Altgerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden

Von Marion Eberlein und Anne Klein-Hitpaß
Bd. 6/2012. 108 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-514-1

__ Expl. 2013 – Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz: „Traumquote“ oder erfüllbarer Auftrag mit Qualitätsgarantie?

Klaus J. Beckmann und Kerstin Landua (Hrsg.)
Bd. 5/2012. 124 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-510-3

__ Expl. Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009

Von J. Dohnke, A. Seidel-Schulze und H. Häußermann
Bd. 4/2012. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-507-3

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)**__ Expl. Räumliche Implikationen der Energiewende**

Positionspapier
Von Klaus J. Beckmann u.a.
2013. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro,
kostenloser Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/raeumliche-implikationen-der-energiewende.html>, in Vorbereitung

__ Expl. Kommunale Umfragen für den interkommunalen Erfahrungsaustausch nutzbar machen: die Difu-Datenbank kommDEMOS

Von M. Bretschneider, 2013. 36 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Kommunale Wirtschaftsförderung 2012: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven

Von D. Zwicker-Schwarm, 2013. 32 S.,
Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Auf dem Weg, nicht am Ziel

Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung –
Ergebnisse einer Kommunalbefragung
Von D. Landua, K. J. Beckmann, S. Bock, B. Reimann
2013. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe**__ Expl. Beschwerdemanagement und Ombudschaft – eine Qualitätsstrategie für die Jugendämter?**

NEU
Doku der Fachtagung am 25./26. April 2013 in Berlin
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2013. Bd. 90, 172 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-97-7

__ Expl. Schulversäumnisse – Jugendhilfe und Schule in einem Boot?

NEU
Doku der Fachtagung am 14./15. März 2013 in Potsdam
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2013. Bd. 89, 172 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-96-0

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Städtebauliche Verträge – ein Handbuch**

NEU
Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt
2013. Bd. 12. Ca. 400 S., 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-508-0, in Vorbereitung

__ Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

NEU
Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)
2013. Bd. 11. 320 S., zahlreiche Abbildungen,
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-521-9

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis (Forts.)**___ Expl. Infrastruktur und Stadtentwicklung**

Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung
Von Jens Libbe, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann
Hrsg. Difu und Wüstenrot Stiftung
2010. Bd. 10. 496 S., zahlreiche, auch farbige Abbildungen, Tabellen, Übersichten, 26,- Euro
ISBN 978-3-88118-483-0

___ Expl. Mehr Gesundheit im Quartier

Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung
Von Bettina Reimann, Christa Böhme und Gesine Bär
2010. Bd. 9. 196 S., 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-472-4

___ Expl. Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Von Gregor Jekel, Franciska Frölich v. Bodelschwingh u.a.
2010. Bd. 8., 352 S., zahlreiche Fotos, 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-475-5

Difu-Arbeitshilfen**___ Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**

NEU
3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl
2013. Ca. 180 S., zahlreiche Satzungsmuster, ca. 32,- Euro
ISBN 978-3-88118-526-4, in Vorbereitung

___ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011., 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4

___ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)**___ Expl. Towards Circular Flow Land Use Management**

NEU
The CircUse Compendium
(im Auftrag des CENTRAL EUROPE Programme)
Thomas Preuß und Maic Verbücheln (Hrsg.)
2013. Ca. 100 S., englisch, ISBN 978-3-88118-523-3
Download: www.difu.de/publikationen/2013/towards-circular-flow-land-use-management.html

___ Expl. Klimaschutz & Mobilität

NEU
Beispiele aus der kommunalen Praxis und Forschung – so lässt sich was bewegen
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2013. Ca. 120 S., kostenlos, in Vorbereitung

___ Expl. Urbane Räume in Bewegung

NEU
Geschichte, Situation und Perspektive von Stadt
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2013. 420 S., farbig, zahlreiche Abbildungen, ca. 40,- Euro, ISBN 978-3-88118-522-6

___ Expl. Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen

NEU
Anregungen für Kommunalverwaltungen und kommunale Politik
Von Stephanie Bock, Bettina Reimann und Klaus J. Beckmann
2013. 100 S., teilweise farbig, 19,- Euro
ISBN 978-3-88118-524-0

6. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

Alkoholprävention im öffentlichen Raum
September 2012 bis Juni 2013. Dokumentation
Difu (Hrsg.), im Auftrag der BZgA, 2013. 152 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abb., kostenlos, **Bestellungen nur an die BZgA** (order@bzga.de, Bestellnummer: 33961000)
Download: www.kommunale-suchtpraevention.de

Maßnahmen zum Klimaschutz im historischen Quartier

Kommunale Arbeitshilfe
Difu (Bearb.), BMVBS (Hrsg.)
2013. 86 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos
Bestellungen nur an das BMVBS (Bürgerservice BMVBS, Stichwort: Klimaschutz im historischen Quartier)
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/massnahmen-zum-klimaschutz-im-historischen-quartier.html>

___ Expl. Kommunaler Klimaschutz 2012

Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2013. 128 S., zahlreiche Fotos und Abb., kostenlos

Zeitschriften**___ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2013:
Westeuropäische Großsiedlungen
184 S., Einzelheft 12,- Euro
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro